



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXXI. Bündnis- und Einkreisungspolitik Greys 1912

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXI

Bündnis- und Einkreisungspolitik

* Greys 1912 *

Die englischen Radikalen gegen Grey	76
Kriegs- und Friedensstimmungen. Roberts, Asquith	79
Persönlichkeit und Politik Greys	83
Die deutsche Flottennovelle von 1912	91
Haldane in Berlin	96
Annahme der deutschen Flottennovelle	103
Die drei Triebfedern der englischen Politik	107
Die chinesische Revolution	109
Erdrosselung Persiens	113
Englisch-belgischer Vertrag	116
Poincaré	118
Selbsttäuschungen der deutschen Regierung	122
Englisch-französisches Bündnis	123
Hat England den Krieg gewollt?	130

Es war kein zufälliges Zusammentreffen, daß die englische Politik im Herbst 1911 ebenso von den preußischen Junkern und den Alldeutschen wie von den britischen Radikalen verurteilt wurde, obwohl die einen von den anderen durch eine Welt von Vorstellungen getrennt waren. Es war aber eine in die Augen springende Tatsache, daß sich die Kabinette des Festlandes während der Marokkokrise insgesamt um den Frieden bemühten, während die Reden und Kriegsrüstungen der britischen Staatslenker allgemeine Unruhe verbreiteten. Die französische Regierung hatte das Hauptverdienst an dem friedlichen Austrage, aber alle Urteilsfähigen stimmten darin überein, daß auch Wilhelm II. ihn aufrichtig wünschte¹⁾. Dasselbe galt von Rußland, denn von Petersburg kam der vielleicht entscheidende Anstoß, der die zwei Kabinette zur Mäßigung verhielt²⁾; Österreich-Ungarn endlich und Italien taten, wenn sie der Sache auch ferner standen, nichts zur Verschlimmerung der Lage. Es fiel den englischen Radikalen schwer auf's Herz, daß sich England an diesen Bemühungen für den Frieden nicht beteiligte. Allerdings begegnete der Schlag von Agadir auch bei den englischen Liberalen einmütigem Tadel, aber der radikale Flügel der Partei gab der Überzeugung Ausdruck, das Londoner Kabinett habe Europa an den Rand des Weltkrieges geführt.

¹⁾ In diesem Sinne äußerte sich auch der russische Botschafter in Berlin in seinem Berichte vom 13. Oktober 1911. Vgl. Siebert, l. c. S. 445.

²⁾ Ebenda, S. 408ff.

Die englischen Radikalen gegen Grey

Wohl verfügte das Ministerium Asquith-Grey auch in der äußeren Politik über die Mehrheit der beiden Häuser des Parlaments, aber in der eigenen Partei war der Glaube an seinen Friedenswillen erschüttert. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, war der Zweck der großen Parlamentsrede Greys vom 27. November 1911. Das gelang ihm zwar nicht vollständig, indessen machte sowohl die stolze Ruhe, mit der er den von Bethmann Hollweg und Riederlen-Wächter gegen England erhobenen Vorwürfen entgegentrat, wie der von einer höheren Warte aus gewährte Überblick der Weltlage einen starken Eindruck; der Grundton der Rede war friedlich, wenn auch tiefe Abneigung gegen Deutschland durch die Hülle drang. Drohende Worte wechselten mit Versicherungen der Friedensliebe und selbst des Wohlwollens ab. Um seinen guten Willen zu erweisen, gebrauchte Grey die entgegenkommende Wendung, England werde dem Deutschen Reiche bei der Ausdehnung in der Mitte Afrikas nicht im Wege stehen. Auf der deutschen Botschaft zu London wirkte der Beschwichtigungsstrahl. Waren aber die Worte aufrichtig gemeint? Sie enthielten auch eine Warnung an Belgien und Portugal, vor dem Ehrgeize der Deutschen auf der Hut zu sein. So brachte Grey jedem etwas und rückte mit dieser Rede in die vorderste Reihe der europäischen Staatsmänner.

Indessen erreichte er nicht seinen Hauptzweck, die Liberalen der Gladstoneschen Schule zu überzeugen, er habe im Sommer 1911 redlich am Friedenswerke mitgearbeitet. Im Oberhause tadelte der angesehene Lord Courtney Ende November die Regierung, weil sie nicht auf die Versöhnung, sondern auf die Isolierung Deutschlands hinarbeitete, worin ihm die Lords Weardale und Newton zustimmten, obwohl viele Anwesende die Kritik mit Unwillen aufnahmen¹⁾.

¹⁾ Vgl. G. P. Gooch, *Life of Lord Courtney*, London 1920, S. 568 ff.

Die genannten Lords und die Zeitungen, die Gladstones politisches Vermächtnis hüteten, waren darin einig, daß die Politik Greys den Frieden gefährde. Die „Daily News“, das Sprachrohr des linken Flügels der liberalen Partei, forderte geradezu seinen Rücktritt, indem sie am 10. Januar 1912 schrieb: „Die Zeit ist jetzt gekommen, mit einer nicht mißzuverstehenden Klarheit festzustellen, daß Sir Edward Grey als Staatssekretär des Äußeren unmöglich ist.“ Um Neujahr 1912 erschienen in der „Fortnightly Review“ und in der „Contemporary Review“ Artikel mit bitteren Klagen über die unselige englische Marokkopolitik, wozu dann noch der schlechte Eindruck der Zertretung Persiens kam, die im Winter 1912 vor sich ging. Die Seele dieses Feldzuges war der Pazifist E. D. Morel, der sich schon früher einen Namen gemacht hatte, als er die im belgischen Kongostaate an den Eingeborenen verübten Greuel ans Tageslicht zog. Morel vereinigte seine während der Marokkokrise geschriebenen Aufsätze in einem Buche, das wichtige Beiträge zur Geschichte des Jahres 1911 bietet¹⁾. Man erfährt daraus, daß Lloyd George seine Rede vom 21. Juli zwar im Einvernehmen mit Asquith und Grey gehalten hatte, daß dagegen die anderen Minister nicht zu Rate gezogen worden waren; sie und die liberale Partei seien zum Teil von der Aussprache unangenehm berührt gewesen. Er stellt ferner fest, daß die Falschmeldung, Deutschland schreite soeben zur Besetzung Agadir, um den Hafen zu behalten, von den „Times“ in die Welt gesetzt worden war, daß dieses Blatt unaufhörlich zum Kriege gehezt hatte. Erst durch die „Times“ sei die Aufregung über das Erscheinen des deutschen Kanonenbootes auch in die französische Presse hineingetragen worden. In einem der Aufsätze wies Morel überdies darauf hin, daß Deutschland einen friedlichen Ausgleich anstrebte, ferner, daß es volles

¹⁾ E. D. Morel, „Marocco in Diplomaoy“, London 1912. Das Buch führt in seinen späteren Auflagen den Titel: „Ten Years of Secret Diplomacy“. Während des Weltkrieges schrieb derselbe Verfasser das Buch „Truth and the war“, London 1915, in dem er Englands Mitschuld an dem Weltkriege darlegte und für einen Verständigungsfrieden eintrat. Er machte den Versuch, das Buch dem Dichter Romain Rolland auf dessen Wunsch zuzuschicken, und wurde deshalb zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. So nach einem von Georg Brandes 1917 veröffentlichten Artikel, überfetzt in der „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Dezember 1917.

Recht auf eine Landentschädigung besaß. Mit ihm zusammen stritt das demokratische Wochenblatt „Nation“ gegen Grey, dem es am 18. Januar 1912 in einem kraftvollen Artikel vorwarf, „er habe alles geopfert, nur nicht seine Vorurteile, alles geduldet, nur keine friedliche Verständigung, er habe jeden Handel abgeschlossen, nur keinen mit Deutschland“. Der europäische Friede sei von seinem Rücktritte bedingt.

Es ist oft gesagt worden, die englische Diplomatie habe im 20. Jahrhunderte die deutsche an Umsicht und Geschicklichkeit übertroffen, sonst hätte sie nicht das gewaltige Bündnis gegen Mitteleuropa zustande bringen können. Sicherlich ist dies richtig; indessen fällt in zwei wichtigen Aktionen, bei der bosnischen Krise von 1908 und im Marokkostreite von 1911, die Plumpheit auf, mit der sich das Londoner Kabinett dort Österreich-Ungarn, hier Deutschland, entgegenwarf, wobei es sich jedesmal eine Schlappe holte. Im ersten Falle hatte Bülow, im zweiten Staatssekretär Riederlen besser manövriert. Allerdings wurde der Verlauf der Dinge in der Hauptsache dadurch nicht geändert. Die Politik der Einkreisung wurde mit echt britischer Zähigkeit und erfolgreich fortgesetzt, so daß das Deutsche Reich immer enger umstellt und in eine ungünstige Verteidigungsstellung gedrängt ward. Die offenkundige Übermacht Großbritanniens aber erfüllte die große Mehrheit des britischen Volkes mit Stolz, so daß sie König Eduard wie dem Ministerium Asquith-Grey das Mißlingen eines oder des anderen von ihnen geführten Schlages bald verzieh. Diese Männer hatten doch höchstens durch Ubereifer im Dienste des Imperiums gefehlt und das war in den Augen der Nation, eine kleine Minderheit abgerechnet, eine läßliche Sünde. Es war dieselbe Sachlage wie im Burenkriege; auch damals fühlten sich die gerecht urteilenden Engländer in ihrem Gewissen durch die Brutalität der amtlichen Politik beschwert, ohne daß dem Niedertreten des Burenvolkes dadurch Einhalt getan wurde. Der starke, die britische Nation erfüllende Machtwille setzt sich in solchen Fällen über die moralischen Bedenken hinweg, er ist ebenso die Wurzel der Größe Englands wie die Ursache des Unheils, das es nur zu oft über das europäische Festland gebracht hat.

Kriegs- und Friedensstimmungen.

Roberts. Asquith

Man muß sich hüten, die Frage einfach so zu stellen, ob das englische Volk 1911 den Krieg gewollt habe oder nicht. Jenseits des Kanals waren eben alle Farbentöne vom entschlossenen Kriegswillen bis zum aufrichtig gemeinten Pazifismus vertreten. Durch Verallgemeinerungen entwirft man von britischer Art und Staatskunst ein schiefes Bild. Es gab allerdings eine Kriegspartei, die dafür wirkte, den Kampf mit Deutschland vor dem Ausbaue seiner Hochseeflotte aufzunehmen. In der Admiralität herrschte diese Ansicht vor; sehr begreiflich, da der Seekrieg mit jedem Jahre, mit jedem vom Stapel gelassenen deutschen Kriegsschiffe schwerer zu führen war. Lord Roberts erwartete schon 1911 den Ausbruch des Krieges; er versicherte dem General Townshend, dazu werde es in diesem Jahre oder spätestens im nächsten Jahre bestimmt kommen; Deutschland und Frankreich würden handgemein werden, Britannien werde sich auf die Seite der letzteren Macht stellen, der ganze Kriegsplan sei zwischen London und Paris bis ins einzelne verabredet¹⁾. Während aber Roberts sich nur unter vier Augen derart aussprach, auch als Feldmarschall im Ruhestande keine amtliche Geltung beanspruchen konnte, ließ sich ein aktiver englischer General bei einer offiziellen Sendung im ähnlichen Sinne vernehmen. General Bethune wurde im Januar 1912 zu Petersburg durch ein ihm von Parlamentariern gegebenes Festmahl geehrt und hielt hier eine Rede, in

¹⁾ General Townshend erzählte das Gespräch bald nachher auf der von ihm nach Südafrika angetretenen Seereise. So berichtete der deutsche Konsul in Johannesburg dem deutschen Reichskanzler („Norddeutsche Allgem. Zeitung“ vom 19. Mai 1916). Townshend war der General, der 1915 mit seiner Division in Mesopotamien von den Türken gefangen genommen wurde.

der er sagte: „Soldaten beschäftigen sich nicht mit Politik, sie erfüllen bloß ihre Pflicht, und die englischen Soldaten werden froh sein, wenn sie bald Gelegenheit haben werden, Schulter an Schulter mit den Russen gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen.“

Alles Vorausgegangene wurde jedoch durch eine von Lord Roberts am 22. Oktober 1912 zu Manchester gehaltene Rede überboten. Wie seine ganze damalige Tätigkeit galt sie der Empfehlung der allgemeinen Wehrpflicht, war aber deshalb eindrucksvoller als seine früheren Ansprachen, weil sie nicht bloß ausführte, die Deutschen bereiteten den Angriffskrieg gegen England vor, sondern weil er unverhohlen verkündete, es sei die für jede Nation, also auch für die seinige, richtige Politik, zuerst zuzuschlagen und einen notwendigen Vorbeugungskrieg ohne Bedenken und so bald als möglich zu beginnen. Schon früher war es das Leitmotiv seiner Ansprachen gewesen, daß er den Deutschen das Schlimmste zumutete, jetzt wollte er seine Landsleute dazu bestimmen, ihnen zuvorzukommen. Das war folgendermaßen ausgedrückt:

„Von unseren deutschen Freunden, ich weiß dies wohl, wird im Jahre 1912 zwar nicht dogmatisch behauptet, daß in diesem oder im nächsten Jahre der Krieg mit Großbritannien ausbrechen wird; aber im Innersten ihres Herzens wissen sie, jedermann unter ihnen, daß — genau so wie 1866 und 1870 — Krieg in dem Augenblick sein wird, in dem die deutschen Streitkräfte zu Land und zur See, durch ihre Überlegenheit an jedem Punkte, so sicher des Sieges sind, wie irgend etwas in menschlicher Berechnung sicher sein kann. Deutschland schlägt zu, wenn Deutschlands Stunde geschlagen hat. Das ist die seither befolgte Politik seines Auswärtigen Amtes. Das war die von Bismarck und Moltke 1866 und 1870 ohne Bedenken befolgte Politik. Es war seine Politik Jahrzehnt für Jahrzehnt seit dieser Zeit. Es ist seine Politik zu gegenwärtiger Stunde.“

„Es ist eine ausgezeichnete Politik. Es ist oder sollte doch die Politik jeder Nation sein, die bereit ist, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen. Durch diese Politik schwang sich Deutschland innerhalb der letzten zehn Jahre mit einem Sprung vom Range eines der

schwächsten Seestaaten zu der, eine einzige ausgenommen, größten Seemacht empor.“¹⁾

Die Rede des edlen Lords erweckte viel Beifall, aber noch mehr Widerspruch.

Die „Nation“ brachte darüber einen Aufsatz mit der Aufschrift: „Eine teuflische Rede“; „Daily News“ und „Manchester Guardian“ schrieben in ähnlichem Sinne. Auch ein Mitglied der Regierung, Handelsminister Runciman, wandte sich energisch dagegen, daß England ein Friedensbruch zugemutet werde; sogar Grey erhob, wenn auch höflichen Widerspruch, da er nicht als Mitschuldiger des Feldmarschalls gelten wollte. Da Roberts, obschon Lord Rosebery für ihn eintrat, stark ins Gedränge kam, erklärte er in einem vom „Manchester Guardian“ am 5. November veröffentlichten Briefe, er habe sich bloß gegen die pharisäische Verurteilung deutscher Methoden gewendet und dieses Land als einen ebenso würdigen als furchtbaren Gegner hingestellt. Der schwächste Punkt in den Behauptungen des Lord Roberts war, daß er davon sprach, Deutschland habe seit 1871 immer wieder, und auch im letzten Jahrzehnt, zugeschlagen, wenn immer es seinem Vorteile entsprach; das war eine in die Augen fallende Geschichtsfälschung, was die „Nation“ auch hervorhob: „Deutschland hat seit 1870“, so schrieb sie, „niemanden angegriffen, auch schlug es damals nur zur Sicherung seiner nationalen Einheit zu und um der ständigen Drohung des französischen Imperialismus ein Ende zu machen. Seitdem blieb es das friedlichste und das zurückhaltendste, wenn auch ohne Zweifel nicht das sympathischste Mitglied der europäischen Familie.“²⁾

Wenn nun auch die Jingos, als deren Haupt Roberts in der radikalen Presse bezeichnet wurde, in den oberen Schichten der Gesell-

¹⁾ So nach Lord Roberts „Message to the nation“, London 1913, S. 4—6. Nach Oliver, l. c. S. 334, wurde die Rede am 22. Oktober 1912 gehalten, nicht am 25. Oktober, wie es in der genannten Ausgabe der Rede heißt.

²⁾ Die Polemik über die Rede des Lord Roberts' ist dargestellt bei F. S. Oliver, „The Ordeal by battle“, S. 333—349. Oliver steht selbstverständlich ganz auf der Seite Roberts', macht aber den schüchternen Versuch des Nachweises, dieser sei mißverstanden worden.

schaft stark vertreten waren, so bildeten sie im Lande doch nur eine kleine Minderheit, und waren wohl geringer an Zahl als die zuverlässigen Friedensfreunde. Soweit die letzteren im Ministerium saßen, Morley, Burns, Trevelyan, haben sie es 1914 vorgezogen, ihr Amt niederzulegen, um nicht vor dem Parlamente für die Kriegserklärung einstehen zu müssen; aber wenn sie auch allgemeine Achtung genossen, waren sie weder einflußreich, noch auch besaß ihre Gruppe nach dem Tode Campbell-Bannermans ein anerkanntes Haupt. Premierminister Asquith gehörte zu den Imperialisten, aber er war nicht der Mann, um auf irgendeinem Gebiete aus eigenem große Entscheidungen zu treffen; er verkündete für die äußere Politik die Richtschnur: „Wait and see“ — warten und sehen. „Asquith besaß“, so sagt Shaw, „eine glückliche Natur und eine bewegliche Begabung mit Schwierigkeiten fertig zu werden, ohne sie aber vorauszusehen oder ihrer auch nur einen Tag eingedenk zu sein.“ Er war eben keine überragende Persönlichkeit und lenkte seine Partei weniger, als er es verstand, die den öffentlichen Geist bestimmenden Gedanken zu formulieren und die für das Programm gewonnene Mehrheit zusammenzuhalten. Seit zwei Jahrhunderten war er der erste Advokat, der an die leitende Stelle erhoben wurde. Während der Zwischenzeit herrschte ein gewisses Vorurteil gegen Politiker aus diesem Stande; es waren immer große und mittlere Grundbesitzer, nach der Wahlreform von 1832 auch Fabrikanten und angesehenere Kaufleute, die das Parlament lenkten, bis sich gegen das Ende des 19. Jahrhunderts die Gepflogenheit änderte. Asquith brachte die seinem Berufe entsprechenden Vorzüge und Schwächen ins Amt mit. Er war ein Debatter ersten Ranges, als parlamentarischer Taktiker seiner Partei unentbehrlich. Oft, wenn sie sich in einer bedrängten Lage befand, hieb er sie durch einen glänzenden Gegenangriff heraus. Darin wurde er, wie man gesagt hat, mit den Jahren seinen Parteigenossen so überlegen, wie ein erfahrener alter Fechtmeister seinen besten Schülern. Indessen war er doch vorwiegend nur ein Formtalent und erhob sich in seinen Ideen nicht über die seiner politischen Umgebung. Er tastete nach allen Seiten und wandte sich dann dorthin, wo

der Erfolg winkte; dann legte er sich mit ganzer Kraft ins Geschirr, so in der Oberhausfrage und beim Fortgange der sozialen Reform. Obwohl von Haus aus Imperialist, schmiegte er sich, solange Campbell-Bannerman Premierminister war, dessen pazifistischen Bestrebungen an; er verteidigte unter ihm ein Friedensbudget, um nach Übernahme des höchsten Amtes den Bau von Kriegsschiffen gewandt und siegreich zu vertreten. In der äußeren Politik ließ er Grey vollständig gewähren. Als während des Weltkrieges die stärkere Persönlichkeit Lloyd Georges, der seinem Berufe nach gleichfalls Rechtsanwalt war, ihre Wucht geltend machte, als alle von Asquith gemachten Versuche gemeinsamen Handelns an dessen herrischem Willen scheiterten, erblich Asquiths Stern vor dem des leidenschaftlichen und rücksichtslosen Wallisers.

*

Persönlichkeit und Politik Greys

So lag die Last und Verantwortung für die äußere Politik auf den Schultern Greys, dessen Name seit König Eduards Tode dem Auslande soviel galt wie England selbst. Er war ebensowenig wie Eduard ein großer Staatsmann; es war ihnen gemeinsam, daß sie ohne scharfe persönliche Eigenart den echt englischen politischen Typus, jeder in einem besonderen Querschnitt, aufzeigten.

Sir Edward Grey war eine langsam reisende Natur, er ist in sein Amt erst mit den Jahren hineingewachsen. In der ersten Zeit seines Staatssekretariats war König Eduard die alle Blicke auf sich ziehende Gestalt; auch Hardinge, der nächste Gehilfe Greys im Ministerium, genoß wegen seiner reicheren Erfahrung in den Geschäften größeres Ansehen als Grey. Dieser war, wie ein Landsmann von ihm schrieb, ein Engländer von insularstem Schlage, dessen Blick durch die geringe Kenntniss des Auslandes beengt war. Er hat keine größere Reise unternommen und sah Paris zum erstenmal auf einem kurz vor dem Welt-

kriege unternommenen politischen Ausfluge. Selbst das Französische lernte er erst genauer, als er 1892 Unterstaatssekretär unter Lord Rosebery wurde; doch brachte er es im Gebrauche dieser Sprache auch als Minister nicht zur Fertigkeit; er antwortete den Diplomaten, die sich ihrer bedienten, lieber englisch. Seine persönlichen Neigungen waren die eines Landedelmannes. Jeden Tag der Muße benützte er zur Fahrt auf sein Gut, um dort zu fischen, während er sich des Jagens enthielt. Lieber beobachtete er die Tiere des Feldes und des Waldes, ohne sie in ihrem Treiben zu stören. Wegen dieser stillen Neigungen hielten ihn die Sportsleute und Fuchsjäger Englands für einen Träumer und Schwärmer, wie überhaupt seiner Natur das derb Zugreifende fehlte. So erklärt es sich, daß er der Gattin des deutschen Geschäftsträgers Rühlmann sagte, ihn zögen in der deutschen Literatur am meisten die Dichtungen Roseggers an, offenbar im Hinblick auf dessen liebevolle Schilderung seiner Alpenheimat.

Persönlich war Grey ein tadelloser Gentleman, bescheiden und wohlwollend, frei von Eigennutz oder unreinem Ehrgeize. Diese Eigenschaften des Privatmannes kamen aber bei der Regierung des Weltreiches in zweiter Linie in Betracht, denn auch in moralischer Hinsicht waren ihm die Wohlfahrt und Größe seines Vaterlandes der entscheidende Maßstab. Nicht etwa, daß er Neigung und Talent zu den üblichen Kunststücken des diplomatischen Handwerkes gehabt hätte. Auch förderte er das Gute gern, wenn es sich nicht mit dem Vorteile Großbritanniens kreuzte. Als die schändliche Ausbeutung der Eingeborenen im belgischen Kongo durch Morel, die in Putumayo (Südamerika) durch Casement ans Licht gebracht wurden, ließ Grey diesen Männern den Beistand seines Amtes. Wenn dagegen die Ungerechtigkeiten von England selbst und seinen Bundesgenossen verübt wurden, dann stießen die Beschwerden bei ihm auf taube Ohren. Als Unterstaatssekretär wirkte er an der Verabredung mit Italien über die Teilung Abessinien mit; er gehörte zu denjenigen Liberalen, die die Mißhandlung der Buren durch die englische Gewaltpolitik billigten und deckten. Mit Persien trieb er Rußland zuliebe ein Spiel, das den aufrichtig Freisinnigen

auch in England ein Greuel war. Hier hatte seine Menschen- und Freiheitsliebe ihre Grenzen. Wir werden noch hören, wie die in den Balkankriegen von 1912 und 1913 verübten Grausamkeiten seinen Unwillen und Einspruch hervorriefen, wenn sie den Türken, also den Freunden Deutschlands, zur Last fielen, daß sie ihn aber unberührt ließen, wenn sie von den Klienten Großbritanniens herrührten. Er betrieb, wie Karl Peters richtig bemerkt, keine Stimmungs- und Sentimentalitätspolitik. Die sittlichen Forderungen, die er an sich und die anderen stellte, richteten sich nach den Bedürfnissen Großbritanniens. Nicht daß die Berufung auf Moral und Menschlichkeit in seinem Munde Heuchelei war, denn er fühlte menschlich mit den Menschen; indessen hielt er sein Gewissen in politischer Zucht und ließ sich von ihm im Handeln nicht stören.

Darnach richtete sich auch der Grad der Aufrichtigkeit, mit dem er, sei es vor dem Parlament, sei es im diplomatischen Verkehr, über Richtung und Ziele seiner Politik sprach. Es wurde bereits dargelegt, daß er, wie alle liberalen Imperialisten, durch die humanitären und pazifistischen Strömungen seiner Zeit zu allerhand rednerischen Kunststücken genötigt wurde. Oft verwickelte er sich dadurch in Widersprüche, die ihm Stead, der Führer der englischen Friedensfreunde, während der zweiten Haager Konferenz aufs bitterste vorhielt (Band II, Seite 122 ff.). Mit der Zeit jedoch eignete sich Grey den Gebrauch pazifistischer Formeln bis zur Vollkommenheit an und handhabte sie während der Balkankriege so geschickt, daß die braven Leute diesseits und jenseits des Ozeans überzeugt waren, der englische Staatssekretär verdiene wie kein anderer den Friedens-Nobelpreis. Damals lag ihm viel daran, auf der Balkanhalbinsel rasch Ordnung zu machen und die christlichen Staaten zu einem großen Bunde zusammenzuspannen, der, vereint mit den Westmächten und mit Rußland, den um Mitteleuropa gelegten Ring schloße. Deshalb vermittelte er auf der Londoner Konferenz so klug zwischen den streitenden Teilen, daß er sein und Englands Ansehen auf die höchste Stufe hob. Das war der Gipfel seiner diplomatischen Laufbahn; mit dem also gewonnenen Rufe eines friedliebenden Staatsmannes traf er mit

Frankreich und Rußland die Verabredungen, die zum Weltkriege führten. Diese Geltung war ein von ihm in den Krieg mitgebrachtes moralisches Kapital. In demokratisch regierten Ländern ist es für einen Staatsmann unendlich wichtig, seinen Landsleuten so zu erscheinen, wie er genommen sein möchte. Wie er im Grunde geartet ist, steht auf einem anderen Blatte.

Dabei aber übte er die Kunst der Verschweigung von Tatsachen, des Abschlusses geheimer Verträge, mit aller Umsicht, was ihm in der liberalen Partei verargt wurde. Einer seiner Verehrer findet, in England habe man Grey großes Unrecht angetan, indem er auch bei Leuten, die sonst sein Werk anerkannten, für den Vertreter der Geheimdiplomatie galt¹⁾. So hielt er es sowohl vor als im Weltkriege, wie es auch nicht anders möglich war, wenn er die einzelnen Staaten für den Bund gegen Mitteleuropa gewinnen wollte.

Von den vielen Fällen, in denen er Freund und Feind irrezuführen beliebte, sei bloß einer hervorgehoben, weil das Aufsehen darüber auch in England ungewöhnlich war. Es geschah zu Beginn der von den Mittelmächten gegen Serbien im Herbst 1915 glücklich durchgeführten Offensive, daß er die Serben durch tönende Redensarten zum Ausharren ermutigte. Er stellte ihnen zu diesem Behufe am 29. September 1915 im Unterhause die vollste Hilfe ihrer Verbündeten in Aussicht, indem er sagte: „Großbritannien ist entschlossen, seinen Freunden auf dem Balkan jede Unterstützung, die in seiner Macht liegt, angedeihen zu lassen, und zwar, in Übereinstimmung mit den Verbündeten, ohne Vorbehalte und Einschränkungen in einer Weise, die jedem am angenehmsten ist.“ Jedermann mußte diese Worte als feste Zusage auffassen, den Serben von Mazedonien aus mit den Waffen zu Hilfe zu kommen. Als

¹⁾ Gilbert Murray, S. 123: „Gleichwohl ist für gewisse Kreise in England Grey der typische Vertreter nicht allein der Diplomatie, sondern der besonders verhaßten Form der sogenannten ‚geheimen Diplomatie‘. Es ist seltsam, wie eine kräftige Phrase durch ein ganzes Land ungeprüft und unbezweifelt bliken kann.“ Diese Worte beweisen, daß die öffentliche Meinung Englands Grey richtiger beurteilte als Murray. Für ihn ist Grey das Muster eines edelgesinnten, friedliebenden Staatsmannes. Die Stelle seines Buches über die Bemühungen Greys um allgemeine Abrüstung ist ein Gewebe von Wahrheit und Dichtung.

dies nicht geschah, als Serbien infolgedessen militärisch zusammenbrach, deutete Grey sein Versprechen im Parlamente — November 1915 — folgendermaßen um: „Meine Worte, mit denen wir Serbien unbedingte und unbeschränkte Hilfe versprochen, hatten nur politische Bedeutung. Die Worte hatten keine militärische Bedeutung. Wir versprochen, unseren Freunden alle Hilfe zu gewähren, die in unserer Macht stand, und das geschah und geschieht.“ Das Verhalten der englischen Regierung war so jämmerlich, daß Lord Curzon am 8. November im Oberhause sagte: „Künftig werden die Nationen unsere Versprechen und Verpflichtungen zur Unterstützung genau prüfen und sie nicht zum Nennwerte nehmen, sondern von allen Seiten betrachten und nachsehen, wo die Falle steckt.“¹⁾ Jedem Staatsmanne kann es im Kriege widerfahren, daß die militärischen Verhältnisse stärker sind als seine Absichten. Wer sich aber so unredlich aus der Schlinge zu ziehen sucht, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er einen Bundesgenossen in die Falle lockte.

Daß Grey selbst sehr gut wußte, die schönen Redensarten von den edelmütigen Absichten Großbritanniens, mit denen auch er zeitweilig nicht sparte, fänden doch nur beschränkten Glauben, erhellt aus dem offenerzigen Zugeständnisse, das er am 27. Juli 1909 im Parlamente machte, als ein Abgeordneter ein Loblied auf Großbritannien anstimmte und behauptete, es habe immer eine unparteiische und großmütige Politik getrieben. Darauf erwiderte der Staatssekretär kühl: das sei ganz richtig, bedauerlich aber, daß die fremden Nationen nicht daran glaubten.

Die Unterstützung, die Grey auch bei der Mehrheit seiner Partei fand, und die Rücksicht, welche selbst die Radikalen im Parlamente ihm persönlich angedeihen ließen, ist erst durch seine Stellung zu den Aufgaben der inneren Politik verständlich. Er versöhnte die Opposition der Radikalen mit seiner auswärtigen Politik dadurch, daß er während der sozialen und politischen Reformen auf dem linken Flügel seiner Partei stand. Für seine imperialistische Politik konnte er nicht auf deren Beifall rechnen, um so mehr durch sein Verhalten beim Nieder-

¹⁾ Das Angeführte nach dem Buche von R. Rotheit, „Kernworte des Weltkriegs“, Berlin 1916.

werfen der Opposition der Lords, bei der Erweiterung des Wahlrechtes, bei der Beratung von Homerule. Er gehörte, was das Stimmrecht der Frauen betraf, zu der Minderheit des Kabinetts, die der Reform freundlich gesinnt war. Nun besteht ein gewisser Widerspruch zwischen der Gewalttätigkeit in der Behandlung fremder Völker, so der Buren und der Perser, und dem weitherzigen Sinne, so oft es sich um die Freiheitsrechte der Briten selbst handelte. Indessen ist Mangel an Folgerichtigkeit der geringste Fehler eines Staatsmannes, wenn überhaupt ein Fehler. Das wichtigste ist, daß die von ihm angewendeten Mittel, gleichviel, ob sie miteinander übereinstimmen oder nicht, dem großen, von ihm angestrebten Zwecke dienen. Das aber war bei Grey der Fall. Sein offener Sinn für die Forderungen der Zeit gewann ihm das Vertrauen der Massen, die ihm deshalb folgten, auch wenn sie bei manchem seiner Schritte stuhnten. Wenn in den letzten Jahren vor dem Weltkriege gelegentlich die Rede davon war, wem nach Asquith die Führung der liberalen Partei und die Stelle des Premierministers zufallen dürfte, schwebte der Name Greys auf allen Lippen. Er vermehrte sein Ansehen durch sein seltenes, aber dann um so wirkungsvolleres Auftreten im Unterhause. Gewöhnlich ließ er seinen parlamentarischen Unterstaatssekretär sprechen; wenn er bei wichtigen Anlässen selbst das Wort ergriff, war es ein Ereignis. In der „Westminster Gazette“ war einmal zu lesen: „Man denke sich einen Schulmeister, der einer Zuhörerschaft von Kindern, denen er gerade die Anfangsgründe des Rechnens eingebläut hat, nachträglich eine Predigt hält, und man hat ein richtiges Bild vom Unterhause, wenn es Sir Edward Grey während einer Debatte über auswärtige Angelegenheiten zuhört.“ Durch die Sparsamkeit, mit der er davon Gebrauch machte, erhielt er sein Ansehen frisch.

Dabei waren es nicht etwa ungewöhnliche Geistesgaben, die ihm diese Geltung verschafften. Er erhob sich nicht über das gediegene Mittelmaß eines wohlgezogenen, in Staatsgeschäften emporgekommenen englischen Edelmannes. In der Schnelligkeit der Auffassung blieb er sogar unter dieser Stufe. Er war, wie man von ihm sagte, ein Mann

von „negativem Charakter“; man konnte leichter die Fehler aufzählen, die ihm fehlten, als die Vorzüge, die ihn auszeichneten. „Ich zweifle,“ so schrieb der Herold seines Ruhms, „ob es je einen großen Minister des Außeren gegeben hat, der so wenig ein Mann von Geist war als er. Bismarck war ein Mann von Geist erster Klasse. Talleyrand war der Fürst aller witzigen Köpfe. Lord Salisbury war voll von kühnen Epigrammen... Aber in allen Reden Greys ist kaum ein einziger Scherz zu finden, ein einzelner bunter Fleck, eine einzige glänzende Indiskretion. Sie sind als Reden eines Ministers schwach. Dennoch wurden sie mit einem Interesse und einem Vertrauen angehört, wie es das Los von wenigen Ministern des Außeren gewesen ist.“¹⁾

Auch lag in seiner Natur ein gewisses Schwanken, wenn ein Entschluß zu fassen war. In den Zielen war er sich vollständig klar, aber in den Methoden unsicher, und mancher Widerspruch in seinem Handeln ist darauf zurückzuführen, nicht auf weitwendige Berechnung. Bezeichnend ist das Urteil, das die Jingos nach Art des Lord Roberts und Scott Oliverts über ihn fällten. Letzterer fand an den liberalen Ministern im allgemeinen keinen Gefallen, weil sie der allgemeinen Wehrpflicht vor dem Kriege abhold waren und nicht geradenwegs auf den deutschen Nebenbuhler losgingen. Doch fanden in Oliverts Augen Grey und Churchill Gnade, da sie sich von der Lehre vom „Machtgleichgewicht“ leiten ließen; nur sei Grey in seiner Partei einsam gestanden und habe seiner Natur nach Ratgeber zur Entschlossenheit nötig gehabt. Er sei aber zu entschuldigen gewesen, da er innerhalb der liberalen Partei mit Skeptizismus und Vorurteilen zu kämpfen hatte.

Nach all dem läßt sich der Kern der Politik Greys aus den Hüllen schälen. Im Mittelpunkte steht, daß er den Krieg mit Deutschland für so gut wie unvermeidlich hielt.

Persönlich wohlwollend, wurde er von dieser Aussicht mit Trauer erfüllt, und es ist seinen Freunden zu glauben, daß, wenn er aus der

¹⁾ Gilbert Murray, „The foreign policy of Sir Edward Grey 1906—1914“, Oxford 1915, S. 122.

furchtbaren Verwicklung einen Ausweg gesehen hätte, er ihn eingeschlagen haben würde.

Diese menschliche Empfindung konnte und durfte nicht Raum über ihn gewinnen, da das Niederhalten des aufstrebenden Nebenbuhlers sonst nicht zu erzielen war; das Machtgleichgewicht auf dem Festlande, wie man sich in England ausdrückte, war für dessen Seeherrschaft, also nach Ansicht der Briten für Leben und Freiheit, unumgänglich notwendig.

Nur hielt Grey daran fest, daß der erste Schlag nicht von England ausgehen sollte, aus Gründen der Moral sowohl, wie um die gesamte öffentliche Meinung seines Landes von der Unvermeidlichkeit des Krieges zu überzeugen. Ein französischer Offizier rief zu Beginn der Schlacht bei Fontenay dem Feinde zu: „Schießen Sie zuerst, meine Herren Engländer!“

Grey war dabei jedoch nicht von ritterlichem Empfinden, sondern gewiß mehr von dem Beweggrunde geleitet, daß England es nicht darauf ankommen lassen dürfe, allein in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Er wollte abwarten, bis der Gegner in einen großen Festlandskrieg verwickelt war; dann aber, dazu war er fest entschlossen, mußte England ohne Zögern über Deutschland herfallen. Auf keinen Fall durfte den Deutschen gestattet werden, ihre Feinde auf dem Festlande früher niederzuwerfen.

Die Zukunft richtig voraussehend, tat Grey pflichtgemäß alles, um England durch Bündnisse zu stärken, und diese Einkreisung wurde eine der wichtigsten Ursachen des Weltkrieges. Greys große Stellung in der Geschichte beruht im wesentlichen in der Knüpfung des großen Allianzsystems gegen Mitteleuropa.

Diese Gedankenkette war fest geschlossen, ihre unerbittliche Logik nur etwas gemildert durch das Gefühl der Verantwortlichkeit, die Grey befeelte. Auch dachte er, wie schon erwähnt, zwar folgerichtig, war jedoch schwankend im Handeln. Daß er keine andere als streng englische Bildung und demnach einen engen Gesichtskreis besaß, war der Erreichung seiner Zwecke eher förderlich. Weltbürgerliche Ideen waren ihm wohl geläufig und dienten zum Aufputze seiner ausschließlich britischen Politik,

sie störten ihn aber nicht auf seinem Wege; er ließ sie in Reden und diplomatischen Aktenstücken prunkvoll aufmarschieren, doch ohne die harten Forderungen der britischen Seeherrschaft je aus den Augen zu verlieren. War ihm mancher zeitgenössische Staatsmann an Geist und philosophischer Bildung überlegen, so verstand er es besser, Bündnisse zu schließen und Deutschland mit einem Neze zu umspinnen, dessen Engmaschigkeit während des Weltkrieges sichtbar wurde. Erfolge, wie er sie erzielte, fallen seltener den reich veranlagten, als den unzergrübelten und unzersplitterten Naturen zu. Da ihm jedoch Tiefe und schöpferische Phantasie fehlten, so zählte er vor dem Kriege die für und gegen Deutschland aufgebotenen Machtmittel nur mechanisch zusammen und kam zu dem Rechnungsfehler, der ihn bestimmte, in seiner großen Rede vom 3. August 1914 zu sagen, daß England bei der Teilnahme am Kriege nicht mehr leiden würde als bei Neutralität.

Er hatte also keine richtige Vorstellung von dem ungeheueren Kampfe, der notwendig war, um die deutsche Nation niederzuringen, was zuletzt überhaupt nur dadurch erreicht werden konnte, daß Amerika in den Krieg eingriff. Im stolzen Gefühle insularer Sicherheit bereitete Grey den verderblichsten Krieg vor, der seit der Völkerwanderung über Europa hinweggebraust ist.

*

Die deutsche Flottenovelle von 1912

Wohl war die Opposition der Radikalen gegen Greys Marokkopolitik der Regierung unbequem, da aber der überwiegende Teil der Nation und mit ihr nahezu alle großen Tagesblätter Londons auf ihrer Seite standen, so sah sie sich nicht veranlaßt, die Richtung zu ändern. Indessen blieben die Vorgänge des Jahres 1911 nicht ohne Wirkung. Grey durchmusterte sein Verfahren und fand es nicht fehlerfrei. Nicht bloß in dem, was

die Radikalen daran tadelten, sondern noch mehr in bezug auf das unbefriedigende Verhältnis zu Rußland. Das Petersburger Kabinett hatte sich mit Deutschland durch das über Vorderasien getroffene Abkommen so tief eingelassen, daß es während des Marokkohaunders den Westmächten nicht zu Gebote stand; die Einkreisung Deutschlands hatte hier eine breite Lücke. Die Ursache lag darin, daß die englische Regierung der russischen in Persien nicht freie Hand ließ; das aber konnte nur gut gemacht werden, wenn dieses Reich völlig preisgegeben wurde, um alles Rußland Verstimmende zu beseitigen. Andererseits, so sagte sich Grey, hatte sich die englische Regierung zugunsten Frankreichs zu weit gegen Deutschland vorgewagt und den Vorwurf auf sich geladen, in Europa der Störenfried zu sein; im März 1912 schrieb der belgische Gesandte Lalaing nach Brüssel, das Londoner Kabinett sei päpstlicher gewesen als der Papst. Dies erwägend, lenkte Grey ein, um nicht mit den Jingos verwechselt zu werden; er hatte nicht Lust, der Admiralität zuliebe das Stichblatt der Radikalen zu werden. Fortan trat er in Angelegenheiten des Festlandes vorsichtiger auf und beschwichtigte so die Opposition, die, seiner persischen Politik noch immer abhold, mit der Besserung des Verhältnisses zu Deutschland von Herzen einverstanden war. Auf diese Art gelang es ihm 1912, die Spuren seiner Marokkopolitik zu verwischen; in diesem Sinne lenkte er während der Balkankriege von 1912 auf 1913 die Dinge mit klugem Bedacht. Der Unterschied zwischen dem hitzigen Vorgehen Greys in der bosnischen und Marokkofrage und seiner maßvollen Haltung vor dem Weltkrieg ist auffallend; er erklärt sich durch die größere Rücksichtnahme Greys auf die liberale öffentliche Meinung. Zieht man die innerbritischen Verhältnisse in Rechnung, so lassen sich die Faktoren der äußeren Politik unter einen gemeinsamen Nenner bringen. Erst seit 1912 formte sich Grey zu dem Staatsmanne, wie er seinen Zeitgenossen bei Beginn des großen Krieges entgegentrat; er wird der Mann der Versöhnung und des Friedens, der, trotz heißem Widerstreben, in die Kriegswirren hineingerissen wird. Aus seiner Geheimpolitik geht jedoch hervor, daß nicht seine Natur, sondern nur seine Methode sich geändert hat.

Ernstere Gründe noch hatte nach dem Ereignisse von 1911 die deutsche Regierung, mit sich zu Räte zu gehen. Sie stand im Juli und August hart vor dem Kriege mit England, dessen Feindseligkeit sich nie so unverhohlen geäußert hatte. Wie dieser Gefahr begegnen? Darüber gelangten die Leiter der Reichskanzlei und des Marineamtes zu grundverschiedenen Ansichten. Bethmann Hollweg und Räderlen-Wächter lugten nach Mitteln aus, um den Spalt zu schließen, am besten durch ein diplomatisches und ein Marineabkommen. Tirpitz aber hielt dieses Bemühen für aussichtslos, da der letzte Grund von Englands Feindseligkeit in dem Vordringen des deutschen Handels liege, den man doch nicht zurückstauen könne; es wäre also verderblich und doch vergeblich, den Briten zuliebe die deutsche Kriegsflotte zu opfern, über deren Wachstum er mit der Sorgfalt eines Vaters für sein Kind wachte. Der bereits zwischen ihm und dem Reichskanzler bestehende Gegensatz wurde darauf 1911 zu einer nicht zu schließenden Kluft aufgerissen. Bethmann Hollweg verletzten den Marineminister dadurch schwer, daß er es nicht für nötig hielt, dessen Ansicht über die Entsendung des „Panther“ nach Agadir zu hören; Tirpitz erfuhr von dem Vorhaben außerdienstlich erst im Augenblicke seiner Abreise in die Sommerfrische und erlebte hier den Ausbruch der fast zu einem Seekriege führenden Krise. Wohl war der Kanzler, der vor dem Reichstage allein die Verantwortung trug, staatsrechtlich nicht verpflichtet, das ihm untergeordnete Marineamt um seine Meinung zu fragen; es war aber doch ungehörig, in dieser Angelegenheit über den Marineminister zur Tagesordnung überzugehen. Ähnliches widerfuhr Tirpitz, wie wir wissen, schon vordem und auch später; unter Bethmann Hollweg häuften sich die Fälle und gipfelten 1914 in der Geheimhaltung der dem Kriege vorangehenden unheilvollen Maßnahmen. Nun mißbilligte Tirpitz von jeher das unruhige Gebaren der Wilhelminischen Politik und war auch mit dem „Panthersprung“ nicht einverstanden; er sah nicht ein, weshalb England durch eine maritime Maßnahme herausgefordert werden mußte, wenn man Frankreich einen Denkfzettel geben wollte. Auch die Fortführung der Angelegenheit durch Räderlen-Wächter verstimmte ihn tief. Der leidenschaftliche Mann behauptete,

Deutschland hätte eine Ohrfeige eingesteckt, indem es zuerst überflüssigerweise England reizte und dann vor dessen Drohungen zurückwich. Wie wir wissen, tat Tirpitz dem Staatssekretär des Auseren damit Unrecht; dieser war nicht der diplomatische Stümper, als den ihn Tirpitz in seinen Erinnerungen hinstellt. So kam es gleich bei der Rückkehr des Admirals nach Berlin zu widrigen Auseinandersetzungen. Tirpitz stellte dem Kaiser vor, das Ansehen Deutschlands sei schwer geschädigt, so daß eine Probe von Kraft und Furchtlosigkeit abgelegt werden müsse. Die beste Vorlage an den Reichstag behufs neuerlicher Verstärkung der Flotte. Tirpitz hatte immer Wünsche dieser Art und unterbreitete sie jetzt rund und klar dem Kaiser.

Nun war Wilhelm wie immer ohne Mühe für den Bau neuer Kriegsschiffe zu gewinnen; indessen stellte ihm der Reichskanzler vor, der Zeitpunkt vor dem Abschlusse mit Frankreich sei so schlecht wie nur möglich gewählt, da leicht alles in Brüche gehen könne. Zunächst müßten die Verträge über Marokko und den Kongo durch den Reichstag gehen. So ließ sich Wilhelm zu einem Aufschub bestimmen, doch erhielt Tirpitz den ihm erwünschten Auftrag zur Vorbereitung der Vorlage.

Die vom Marinesekretär darin vorgeschlagenen Maßnahmen bezweckten auf der einen Seite die schnellere Indienststellung der Kriegsflotte, auf der anderen den Bau neuer Schiffe. Doch wäre nichts an dem Flottenprogramm von 1900 zu ändern, soweit es für die Bildung von vier Geschwadern vorsorgte (Band II, Seite 110 ff.). Seitdem waren immer zwei Geschwader dienstbereit, die beiden anderen standen in der Reserve. Das Marineamt verlangte nun die Bereitstellung noch eines dritten. Zu diesem Zwecke mußten mehr Mannschaften eingestellt werden, was sich auch aus einem anderen Grunde empfahl. Alljährlich fand im Herbst die Beurlaubung des betreffenden Jahrganges statt, an dessen Stelle Rekruten in Dienst traten; bis zu deren Ausbildung verging aber eine gewisse Zeit, während der nicht alles klappte. Daher beantragte das Marineamt die Vermehrung der einzustellenden Mannschaften, wobei die Ausrüstung des dritten Geschwaders der Hauptzweck war.

Was den Bau neuer Schiffe betraf, so erregte der von drei neuen Panzern (zu den 34 im Flottengesetz von 1900 vorgesehenen) damals größere Aufmerksamkeit; unendlich wichtiger aber sollte für den Weltkrieg die Ausrüstung von Unterseebooten werden.

So viel über die Vorschläge des Marineamtes. Sie stießen bei dem Reichskanzler auf entschiedenen Widerspruch, da er davon neue Aufregungen in England erwartete. Er erklärte, auf dem Boden des Flottenprogramms von 1900 zu stehen und nichts davon preisgeben zu wollen; ein Mehr jedoch sei schädlich, da man dadurch der Kriegsgefahr wieder um ein Stück näher komme. Stand es so, dann war Bethmann Hollweg verpflichtet, sein Amt zum Pfande zu setzen und den Kaiser vor die Wahl zwischen seinem Kanzler und seinem Marineminister zu stellen. Eben waren in London zwischen dem deutschen Botschafter und Grey Unterhandlungen über ein Kolonialabkommen im Zuge, welches Deutschland eine Ausdehnung in Innerafrika versprach. Vom Botschaftsrat Kühlmann traf im Januar 1912 eine Denkschrift beim Auswärtigen Amte ein, derzufolge das Gelingen davon abhinge, daß die Flottennovelle nicht eingebracht werde. Durch Wochen, vor und nach Neujahr, dauerte das Ringen zwischen Tirpitz und Bethmann Hollweg. Der Kanzler konnte nur mit Mühe erreichen, daß die in der Flottennovelle verlangte Summe nicht schon in den Voranschlag für 1912 eingestellt wurde. Da aber Wilhelm auf seiten seines Marineministers stand, so erwog er im Dezember 1911, ob nicht Tirpitz zum Reichskanzler erhoben werden solle. Als dieser eines Tages zum Vortrage beim Kaiser eintrat, gab ihm der Chef des Marinekabinetts, Müller, Kunde davon; doch schob Tirpitz während des Vortrages einen Zettel zu Müller hin, mit der Erklärung, er würde die Übernahme des Amtes ablehnen müssen. Er hätte sich aber doch wohl nicht lange bitten lassen.

Um diese Zeit war es, daß Bethmann Hollweg einem seiner Gehilfen im Auswärtigen Amte seine Not klagte und von neuen Flottenbauten schlimme Folgen voraussagte. Auf die Frage, ob der Kanzler unter diesen Umständen nicht seine Entlassung nehmen sollte, erwiderte Bethmann, er klebe gewiß nicht an seinem Amte, allein mit seinem Rück-

tritte bräche der letzte Damm, denn dann würde Tirpitz Reichskanzler werden und der Krieg mit England unabwendbar. Diese Antwort enthüllte die Schwäche Bethmanns, der seinem Verbleiben übergroßen Wert beimaß und darob den Pflichten eines Staatsmannes untreu wurde. Es war auch vergebens, daß Riederlen-Wächter ihn zum Beharren auf seiner Meinung bestimmen wollte. Anders Tirpitz, der übrigens angesichts der Gesinnung des Kaisers seiner Sache sicher war. Als das Fingerziehen kein Ende nehmen wollte, bat er am 13. Januar den Kaiser um die Entscheidung, ob die Flottennovelle im nächsten Budget erscheinen solle oder nicht. An den noch immer schwankenden Kanzler erließ der Kaiser die Weisung, dem Verlangen zu willfahren. Darauf unterwarf sich Bethmann und am 25. Januar wurde die Marinevorlage ihrem Inhalte nach festgesetzt. Zur selben Zeit wurde auch eine Verstärkung des stehenden Heeres dahin beschloffen, daß im Osten und im Westen je ein neues Armeekorps aufzustellen wäre.

*

Saldane in Berlin

Dem Reichskanzler wurde der Rückzug durch eine Art Ausgleich innerhalb des Kabinetts erleichtert. Die Unterhandlungen mit England liefen nämlich unterdessen weiter, und in Berlin stellte sich der englische aus Deutschland stammende Finanzmann Sir Ernest Cassel ein, der eine angenehme Botschaft überbrachte. Er berief sich auf den gemeinsamen Auftrag Greys, Lloyd Georges und Churchills und legte eine wenn auch nicht amtliche Denkschrift mit Richtlinien eines möglichen Ausgleiches vor. Ihr wesentlicher Inhalt war, Deutschland möge die Schiffsbauten einschränken, dafür würde Großbritannien Unterstützung der kolonialen Wünsche der Deutschen versprechen; zu einer

Erörterung auf dieser Grundlage sollte sich ein englischer Minister in Berlin einfinden¹⁾.

Darauf einigte man sich im Rate Kaiser Wilhelms zu einem Vorgehen auf mittlerer Linie. Der nur zu leicht beschwichtigte Kanzler war einverstanden, daß in der am 7. Februar zu haltenden Thronrede eine Flottennovelle angekündigt werde, ohne nähere Mitteilung ihres Inhaltes. Gleichzeitig ließ der Kaiser in London sagen, daß er bereit sei, den neuen Flottenplan vor dessen Veröffentlichung der englischen Regierung mitzuteilen, um die Wünsche Großbritanniens entgegenzunehmen und zu prüfen. Doch hänge das Eingehen auf die maritimen Einwendungen Englands davon ab, daß dieses sich zu einem politischen Abkommen entschliefze, das Deutschland eine gewisse Sicherheit für den Fall eines Festlandskrieges böte. Großbritannien müßte zusagen, an keiner gegen Deutschland gerichteten Verbindung und Verwicklung teilzunehmen. Nach der Ansicht des Kaisers war es nichts Kleines, daß er sich über den Inhalt eines dem Reichstage vorzulegenden Gesetzes in eine Aussprache mit einer fremden Macht einließ. Er lud den englischen Kriegsminister Haldane, der schon 1906 in Berlin Besprechungen gepflogen hatte (Bd. II, Seite 117ff.), als Gast in seine Hauptstadt, um den Abschluß zu erleichtern. Das war die Botschaft, die am 4. Februar an das Auswärtige Amt in London abging.

Die Sache wurde in London gründlich erwogen, die Einladung, die an Haldane ergangen war, angenommen und die Weisungen für ihn festgestellt. Durch ihn selbst ist bekanntgeworden, daß er bloß den Auftrag erhielt, die Vorschläge des Berliner Kabinetts entgegenzunehmen und seinerseits die ihm mitgegebenen Anregungen zu überbringen; doch hatte er nur zu hören und nach London zu berichten; zum Abschlusse war er nicht bevollmächtigt. Schon durch diesen die Form betreffenden Vorbehalt war die Bedeutung der Sendung Haldanes gemindert, da das Übrige auch durch die Botschafter der zwei Reiche gehen konnte. Bezeichnender noch war die Enge im Inhalte der dem Kriegsminister mit-

¹⁾ Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege“, S. 50. Haldane l. c. S. 55.

gegebenen Weisungen, aus denen hervorging, daß die Regierung eine grundsätzliche Annäherung an Deutschland entweder nicht in Aussicht nahm oder doch nicht erhoffte.

Es hätte für die Vereinigung der unmäßig angeschwollenen deutsch-englischen Rechnung eine einfache Formel gegeben: Großbritannien verlangt eine bestimmte Verminderung der deutschen Flottenbauten und sagt dafür seine Neutralität in einem Festlandskriege zu, in dem Deutschland der angegriffene Teil ist; behält sich aber freie Hand vor, falls dieses über einen seiner Nachbarn herfällt. Der Teil, der diesen Vorschlag machte, handelte in der aufrichtigen Absicht der Versöhnung; wer ihn ablehnte, war der Hinterhältigkeit überwiesen.

Das war der von Bethmann Hollweg innerlich bevorzugte Gedanke, mit dem er jedoch weder in Berlin noch in London durchdringen konnte; die amtliche Politik sowohl Großbritanniens wie Deutschlands, also auch seine eigene, bewegte sich weitab von der ihm vorschwebenden Mittellinie. Er selbst hatte im Auftrage des Kaisers den Standpunkt zu vertreten, daß Deutschland von dem Flottenprogramm von 1900 nicht abgehen wolle und nicht abgehen werde. Auf der anderen Seite geht aus den von Galdane veranlaßten Veröffentlichungen hervor, daß auch die englische Regierung einen Ausgleich wie den oben umschriebenen nicht ins Auge faßte¹⁾. Galdane erhielt nämlich die Weisung, ein Abkommen abzulehnen, durch welches Britannien sich für den Fall eines Krieges auf dem Festlande zur Neutralität hätte verpflichten müssen. Ob Deutschland der Angegriffene oder der Angreifer sein werde, machte für Großbritannien keinen Unterschied. Es wollte nur zusagen — und dies hatte Galdane in Berlin auszurichten —, daß es weder selbst einen nicht herausgeforderten Angriff unternehmen, noch auch sich an einer Verbindung zum Zwecke eines derartigen Unternehmens beteiligen werde. Brüche aber trotzdem der Sturm auf dem Festlande los, so müßte es freie

¹⁾ Galdane veröffentlichte in der „Westminster Gazette“ am 8. Oktober 1919 und den folgenden Tagen seine Erinnerungen aus den Jahren 1906 bis 1914. Vgl. jetzt sein Buch: „Before the war“, 1920, S. 56ff. u. 108ff. Die englische Regierung hat es nach Lorburn, „How the war came“, S. 92, abgelehnt einen Bericht über die Verhandlungen zu erstatten.

Hand haben. Mehr wollte England in dieser Hinsicht für das Innehalten in der deutschen Seerüstung nicht bieten. Dagegen schlug es ein anders geartetes Abkommen vor: Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Südafrika, wofür das Berliner Kabinett darauf verzichte, die Bagdadbahn bis an den persischen Golf vorzutreiben und zu beherrschen. An den Weisungen war vielleicht das Bemerkenswerteste das, was in ihnen fehlte. Sie enthielten nämlich weder einen Vorschlag über das Verhältnis der zwei Flottenstärken noch über eine etwaige Abrüstung. Mit diesem armseligen diplomatischen Reisegepäck machte sich Galdane auf den Weg¹⁾.

Galdane weilte in Berlin vom 8. bis zum 10. Februar 1912. Der ihm bereitete ehrenvolle Empfang galt nicht bloß dem britischen Abgesandten, sondern auch dem Kenner und Verehrer der deutschen Literatur und Philosophie, mit der er sich schon in seiner Studienzeit zu Göttingen als Schüler Loges beschäftigt hatte. Dieses Interesse wurde von seinem Bruder und seiner Schwester, der Übersetzerin Hegels, geteilt. Das hinderte ihn als imperialistisch gesinnten Staatsmann nicht, in Deutschland den Nebenbuhler zu sehen. Seiner eigenen Angabe zufolge wäre der Hauptzweck seiner Reise gewesen, sich über die Absichten der deutschen Regierung zu unterrichten und darnach die von England anzulegende Rüstung zu bemessen; er verwahrt sich wiederholt gegen die Annahme, er sei so leichtgläubig gewesen, an den Erfolg der Ausgleichsbemühungen zu glauben. Das war es, was ihm während des Krieges in England oft vorgeworfen wurde und was ihn zu seinen Veröffentlichungen veranlaßte²⁾.

¹⁾ Das ist den in der Hauptsache übereinstimmenden Berichten Galdanes, Bethmanns und Tirpitz' zu entnehmen. Es ist also unrichtig, daß England der deutschen Regierung die Hand zur Versöhnung hingehalten und eine Ablehnung erfahren habe. So behauptete u. a. die „Frankfurter Zeitung“ immer wieder. Im November 1919 legte sie dar, 1912 wäre von England die Teilung der Erde „halb auf halb“ vorgeschlagen, von Deutschland abgelehnt worden. Solche Luftgebäude werden aufgeführt, um ein übermäßiges Verschulden des Wilhelminischen Regiments vorzuspiegeln.

²⁾ F. Scott Oliver hält in seinem Buche „Ordeal by battle“, S. 288, Galdane vor, er hätte überhaupt nicht nach Berlin gehen sollen, er sei in eine Falle gelockt worden. „Er lehrte ohne Erfolg von seiner Wanderung zurück und die englische Regierung war am Ende ihres Wißes, wie den Unversöhnlichen versöhnen.“

Die Unterredungen Haldanes mit dem Kaiser und Bethmann-Hollweg verliefen freundschaftlich, selbst herzlich, auch die mit Tirpitz in der Form befriedigend. Eine Stelle aus dem von ihm durchgesehenen und gebilligten Buche Vegbieß mag über die vorwaltende Stimmung Aufschluß geben: „Es ist nicht Geschichte,“ so heißt es dort, „es ist nicht einmal ein Roman, es ist barer Unsinn, anzunehmen, daß die deutsche Regierung in diesem Augenblick nicht nach Frieden strebte. Der Kaiser wünschte Frieden, der Kanzler wünschte Frieden, und Annäherung an England war das Ideal, dem Ribblesden-Wächter, wie uns der Korrespondent der ‚Daily Mail‘ versichert, seine Kräfte widmete. Die Kriegspartei arbeitete natürlich auf den Krieg hin; aber die verantwortliche Regierung des Landes wirkte ernstlich für den Frieden“¹⁾.

Angeichts der mageren Ergebnisse der Sendung Haldanes ist es kaum der Mühe wert, auf die Einzelheiten der geführten Gespräche einzugehen. Haldane redete, nachdem er genauen Einblick in die Flottennovelle bekommen hatte, den deutschen Ministern ins Gewissen, sich nicht in ein Wetttrüsten einzulassen, das doch vergeblich wäre, da England nach wie vor für jedes deutsche Schiff zwei auf Stapel legen werde. Indessen fand er an der Vorlage nichts Bedrohliches; er wandte seine Aufmerksamkeit fast ausschließlich dem Baue der drei neuen Panzer zu und erwirkte so viel, daß einer von ihnen aus dem Programm gestrichen wurde.

Das wäre an sich günstig gewesen, wenn die eigentliche Absicht der englischen Regierung damals nicht durch den Marineminister Churchill zutage getreten wäre. Am Tage nach der Ankunft Haldanes in Berlin hielt er zu Glasgow eine Rede, in der er von der Kriegsflotte sagte, sie sei für England eine Notwendigkeit, „für die Deutschen dagegen von manchen Gesichtspunkten aus mehr ein Luxus“. Dieses Urteil über ein von der deutschen Nation ähnlich wie von den Amerikanern und allen anderen Seebölkern empfundenes Lebensbedürfnis ward genau zu der Stunde gefällt, in der Haldane mit der ihm vom Kaiser geschenkten Bronzestatue im Arm die Berliner Schloßstreppe hinabstieg. Es wäre kindlich anzu-

¹⁾ Vegbie „The vindication of England“ (London 1916). S. 142.

nehmen, daß Churchill damit seinem Ministerkollegen Grey einen Streich spielen wollte; er enthüllte vielmehr in dessen Sinne den Grund, weshalb Haldane nicht den Auftrag erhalten hatte, auf eine Übereinkunft über die Flottenstärken hinzuwirken; die deutsche Marine als Ganzes war der Stein des Anstoßes, der verschwinden mußte, sollte sich die englische Admiralität zufriedengeben.

Sonach führte die von Haldane und Bethmann über die Weltpolitik gepflogene Unterhaltung zu keinem Erfolge. Der englische Minister machte der deutschen Regierung wieder, was ihr bereits durch den Windsor-Vertrag 1898 (Band I, Seite 240) in Aussicht gestellt und nicht gehalten worden war, Hoffnung auf afrikanische Gebiete; auf der anderen Seite gab sich der Kanzler Mühe, England das gewünschte politische Abkommen schmachhaft zu machen. Bethmann warb um den Beistand der englischen Regierung gegen die „Flottenmenschen“ in seinem eigenen Lande und deutete an, er werde, wenn man ihn unterstütze, bei Kaiser Wilhelm in der Marinefrage eher durchdringen. Das rührte nun Haldane gar nicht, um so weniger, als der Kanzler eine sehr weitgehende Neutralitätsformel vorschlug: England sollte das Versprechen geben, es werde im Falle eines Festlandkrieges „eine für Deutschland wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung der Krise bemüht sein“¹⁾. Es war von Bethmann Hollweg eine Naivität zu erwarten, Großbritannien werde sich ohne eine gewaltige Gegenleistung derart die Hände binden. Haldane erwiderte ihm denn auch, daß die Verbindung Englands mit Frankreich und Rußlands ihm nicht gestatte, sich so tief mit dem Deutschen Reiche einzulassen²⁾. In seinen nach dem Weltkriege erschienenen Erinnerungen

¹⁾ Haldane, l. c. S. 64f.

²⁾ Mit einem geschickten Fochterkniff sagte Asquith am 2. Oktober 1914 in Cardiff, die deutschen Machthaber hätten bei den Verhandlungen mit Haldane 1912 freie Hand verlangt, um die europäische Welt zu überwältigen und zu beherrschen, wann immer sie die Gelegenheit für günstig erachten würden. Sie verlangten das von dem erstaunten englischen Abgesandten zur Zeit, als Deutschland gewaltig an Angriffs- und Verteidigungskraft, besonders auf der See. Wie weit aber war Bethmann Hollweg davon entfernt! Asquith hatte jedoch mit seinem rednerischen Kunststück Glück, sein Ausfall wird in einer Menge von Büchern und Schriften als gewichtiges historisches Zeugnis angeführt. Lord Lore-

gab Bethmann selbst zu, mit seinem Vorschlage einen Fehler begangen zu haben¹⁾. Seine Friedensliebe war ebenso groß wie seine Weltfremdheit.

Man trennte sich also ohne greifbares Ergebnis, doch äußerlich in aller Freundschaft und mit dem Versprechen, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Außenwelt erhielt den Eindruck, die Verständigung sei auf dem Wege, zumal Asquith und Grey in ihren nächsten Reden freundlichere Töne anschlugen und die Führer der Konservativen, Lansdowne und Bonar Law, dem zustimmten. Tatsächlich gelangten die zwei Regierungen ein Jahr später zu der Übereinkunft, die das Verhältnis der Flottenstärken mit 16 zu 10 festsetzte. Dagegen scheiterten die Versuche eines Einvernehmens über einen Neutralitätsvertrag. Nach langem Hin- und Herreden erklärte sich die britische Regierung zu der Zusage bereit, „daß England keinen unprovoozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik enthalten wolle“. Aber war das nicht selbstverständlich? Und wann durfte England sich als provoziert ansehen? Da eine derartige nichtsfagende Erklärung keine Sicherheit bot, verlangte das Berliner Kabinett wenigstens die Zusage der Neutralität, „falls Deutschland der Krieg aufgezwungen sein sollte“. Aber nicht einmal dazu wollte sich die englische Regierung herbeilassen, so daß es aufs gleiche herauskam, ob Deutschland die britische Formel annahm oder nicht. Das Berliner Kabinett lehnte ab; auch wenn es zugestimmt hätte, wäre England 1914 nicht behindert gewesen zu handeln, wie es für gut hielt. Das Ganze war, um mit einer Wendung aus Wilhelm Meister zu sprechen, ein Spiel mit hohlen Nüssen um hohle Nüsse.

burn, „How the war came“, S. 93, findet, England hätte das Neutralitätsabkommen schließen können.

¹⁾ Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege“, S. 61.

*

Annahme der deutschen Flottennovelle

So nahm das Wettrüsten seinen Fortgang. Dem heimgekehrten Galdane hielt die Admiralität vor, er habe übersehen, daß der Bau der drei deutschen Panzer nicht so wichtig wäre, wie das Instandsetzen des dritten deutschen Geschwaders und was damit zusammenhänge; dadurch werde England zu beträchtlichen Mehrausgaben genötigt. Deren Notwendigkeit begründete Churchill am 18. März 1912 vor dem Parlamente in ausführlicher Rede, die zwar keinen Ausfall auf Deutschland enthielt, aber in ihrer Sachlichkeit dessen Schuld um so feindseliger hervortreten ließ. Er zog einen Vergleich zwischen der Stärke der zwei Flotten und wog die Kampfesmöglichkeiten ab, als ob ein Krieg bevorstünde. Das war so auffallend, daß sogar Admiral Lord Beresford, obwohl freundlicher Gesinnung für das Deutsche Reich unverdächtig, im Oberhause dem Marineminister vorhielt, er hätte alles der Verteidigung Englands Dienliche vorbringen können, ohne Deutschland immer als Widerpart zu behandeln. Churchill gefiel sich eben in der Rolle eines der Lanzenreiter in der Arena, die den Stier so lange reizen und ermüden, bis er für den Messerstoß des Matadors reif wird.

Darnach war es auf der anderen Seite der deutschen Regierung nicht schwer, den Reichstag zur Annahme der am 15. April unterbreiteten Wehrvorlagen zu vermögen. Sie sorgten für die Landmacht durch die Aufstellung von zwei neuen Armeekorps und für die Flotte in dem uns bekannten Ausmaße; zwei Drittel der neuen Auslagen kamen dem Heere, ein Drittel der Marine zugute. Kriegerische Äußerungen fielen nicht, selbst der Alldeutsche Liebert sagte am 25. April: „Wer die Vorlagen bewilligt, der dient dem Frieden; wer sie ablehnt, stärkt die Angriffslust der Gegner.“ Tirpitz sprach mit aller Mäßigung und versicherte im Budgetausschusse am 11. Mai, er begrüße es, daß die Vorredner den Verteidigungs- und friedenerhaltenden Charakter der Flotte betont hätten. Nur die Sozialdemokraten erhoben Widerspruch und stimmten

mit den Polen gegen die Vorlage; alle übrigen Parteien einstimmig dafür¹⁾).

Das Gefühl überwog, Deutschland sei von allen Seiten von Feinden umgeben. Als Kaiser Wilhelm um diese Zeit von einem wohlmeinenden Ausländer gefragt wurde, ob er nicht die Zeit für allgemeine Abrüstung gekommen glaube, wies er mit der Schulter nach der einen Seite und sprach: „Blicken Sie auf Rußland!“ und die andere Schulter erhebend: „Blicken Sie auf Frankreich!“ In England ging gleichzeitig eine nicht unwichtige Personalveränderung vor sich. Der Lordkanzler Loreburn war im Kabinett der unerschütterliche Vertreter des Friedensgedankens, dem er schon als Sir Thomas Reid hingebend gedient hatte. Er trat am 10. Juni ins Privatleben zurück, sein hohes Amt dem Kriegsminister Haldane überlassend, der von Haus aus Jurist war. Das hohe Alter Lord Loreburns wurde vorgeschützt; aber er war vor allem den Imperialisten des Kabinetts mißliebig, deren Treiben zu rügen er nicht müde wurde.

Die deutsche Flottennovelle von 1912 bedeutete keinen Wendepunkt im Gange der Ereignisse, erweiterte jedoch die Lücke, durch welche der Weltkrieg bald eintrat. Dies wollte Tirpitz weder damals noch später zugeben, er bestand immer darauf, daß Handelsseifersucht die Ursache der Feindseligkeit Englands war, unabhängig von der Stärke der deutschen Marine. Sobald die Flotte furchterweckend dastand, so legte er dar, hörten auch die Drohungen mit einem uner-

¹⁾ Auch das „Berliner Tageblatt“ und die gelesensten demokratischen Zeitungen erklärten sich mit der Flottennovelle einverstanden, indem sie anerkannten, daß sich die Vorlage im Rahmen des Gesetzes von 1900 halte. Darüber dürfe man unter keinen Bedingungen hinausgehen. So auch L. Persius in einem Aufsatz des „Berliner Tageblattes“ vom 1. März 1912, in dem er den uns bekannten Inhalt der Vorlage in ihren drei Hauptpunkten billigt. Nach der Entwicklung der obigen Grundsätze heißt es darin: „Die Konsequenzen ergeben sich von selbst. Stärkung des Heeres, um jeder Eventualität gewachsen zu sein. Erlauben es irgend die Finanzen, dann, um keinesfalls Schwächezustand zu markieren, geringe Stärkung der Seemacht durch Formierung eines dritten Geschwaders und Vermehrung der Unterseeboote. Das würde den Rahmen des Gesetzes nicht überschreiten. Allenfalls noch Kielstreckung eines dritten Linienschiffs, die sich sinngemäß mit den gesetzlichen Bestimmungen begründen läßt.“ Was konnte Tirpitz von seinen Segnern Besseres wünschen? Nach dem Kriege verleugneten Persius und das „Berliner Tageblatt“ dreist das vordem Gesagte.

warteten Überfall auf, und seit der Marokkokrise von 1911 bis zum Weltkriege besserten sich die Beziehungen der zwei Staaten; Großbritannien habe sich mit dem Bestand der deutschen Flotte zuletzt recht und schlecht abgefunden. Würde sich die deutsche Regierung nicht im Juli 1914 kopfüber in den Abgrund des Krieges gestürzt haben — damit schließt die Beweisreihe des Großadmirals —, so hätte England den Nebenbuhler wohl oder übel als gleichberechtigt anerkennen müssen.

Die Frage nach der Haupttriebfeder der englischen Politik — Handelseifersucht oder Furcht vor dem Anwachsen der deutschen Kriegsflotte — wurde von Bethmann zu verschiedenen Zeiten verschieden beantwortet. Im Winter auf 1912 besorgte der Kanzler vom Wetttrüsten das Schlimmste und bemüht sich um dessen Innehalten. Als jedoch von England her mildere Lüfte wehten, stellte sich bei ihm Hoffnungslosigkeit ein, und er zog aus den Unterredungen mit Haldane den voreiligen Schluß, er werde auch so mit der englischen Regierung zu einem politischen Abkommen gelangen. Der stärkere Wille des Großadmirals bezwang ihn, und er kam in der Zeit vor dem Weltkriege zu der Ansicht, dieser habe recht behalten, was er auch unumwunden einräumte. So sagte er am 23. April 1914 zum Botschafter Wangenheim: „Es sei keine Frage, daß 1911/12 die Tirpitzsche Politik die richtige war und daß wir unser jetziges aussichtsreiches Verhältnis zu England nur dieser Marinepolitik verdanken. Er selbst habe das damals nicht so einschätzen können, bekenne sich aber jetzt zu dem Tirpitzschen Standpunkt.“¹⁾ Und ebenso urteilte Bethmann Hollweg nach dem Weltkriege, worüber in seinen „Betrachtungen“ zu lesen ist: „Die Flottenfrage hat mitgespielt, aber (für das Verhalten Englands) nicht den Ausschlag gegeben.“²⁾

Die Befehrung des Reichskanzlers zu der Ansicht des ihn bekämpfenden Marineministers beweist an sich nicht viel; kam er doch darüber hinaus zu einer rosenfarbenen Auffassung, so zwar, daß er 1914 von dem Eintritte Großbritanniens in den Krieg völlig überrascht wurde. Ihm wie überhaupt den Englandsfreunden in Deutschland entging, daß

¹⁾ Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 195.

²⁾ Bethmann Hollweg, „Betrachtungen“, S. 59.

das Einlenken Greys im Jahre 1912 vornehmlich durch die inneren Verhältnisse des eigenen Landes veranlaßt wurde. Daher auch die Selbsttäufchung, der sich, vom Kanzler beeinflusst, Kaiser Wilhelm hingab. Man staunt über den Optimismus, mit dem er sich in der mit dem Grafen Berchtold am 23. März 1912 geführten Unterredung über die Weltlage aussprach. Er sagte ihm, daß er sich in die Organisation seiner Armee und Flotte nichts dreinreden lasse, trotzdem aber mit England zu einer politischen Verständigung zu kommen hoffe. Die Sendung Galdanes sei allerdings mißglückt, aber die Bemühungen würden schließlich zum Erfolge führen. England habe in der Welt ernstere Nebenbuhler als Deutschland, nämlich die Vereinigten Staaten und Japan. Es werde also Deutschland möglich sein, mit England zusammenzugehen, vornehmlich in China und Südafrika, so daß er Großbritannien „auf seine Seite und damit dem Dreibunde näher zu bringen“ hoffe. Dann entfiele auch „jede Velleität“ einer Einschränkung der Rüstungen. Und da der Kaiser sich das freundlichste Weltbild ausmalte, befürchtete er auch von Rußland nichts Urges. Dessen Regierung wäre friedlich gesinnt und hätte keine Lust, das Balkanproblem aufzurollen, was schon durch die Furcht vor der Revolution im Innern des russischen Reiches ausgeschlossen sei. Diese Äußerungen fielen eine Woche nach Abschluß des Bündnisses Serbiens und Bulgariens gegen die Türkei, bei dem die russische Regierung zu Gevatter stand. Die Herzensergießung des Kaisers zeigt aber auch, wie fern ihm der Gedanke an Krieg und Weltherrschaft lag; die deutsche Regierung ahnte nicht, daß gerade im Jahre 1912 durch neue Abmachungen zwischen England, Frankreich und Rußland das Netz über sie geworfen wurde.

*

Die drei Triebfedern der englischen Politik

Seht man auf die Beweggründe der britischen Politik näher ein, so wird man der Sorge vor der deutschen Flotte den ersten Platz einräumen müssen. Der Zeit nach geht allerdings der wirtschaftliche Wettbewerb der zwei Nationen voran; er war schon zu Ende des 19. Jahrhunderts die Atmosphäre, in der sie atmeten; dann wächst die deutsche Flotte und wird jenseits des Kanals als Herausforderung angesehen. Aber auch eine dritte Triebfeder darf nicht unterschätzt werden: die altbritische Lehrmeinung, daß England sich der Sicherheit nach außen wie der Freiheit im Innern nur so lange erfreuen könne, als auf dem Festlande Kräftegleichgewicht bestehe. In den Friedensjahren nach den napoleonischen Kriegen sank diese Theorie unter die Schwelle des Bewußtseins des englischen Volkes, jetzt aber tauchte sie, wie bereits eingehend dargestellt wurde, mit Macht empor und beherrschte den Sinn der historisch Gebildeten. Auf die Masse des Volkes wirkte der Bestand der deutschen Flotte als sinnfällige Tatsache wuchtiger, die Staatsmänner aber und die Rhetoren im Parlamente wie in der Presse standen mehr unter dem Eindrucke des Gespenstes, das nach den Tagen Ludwigs XIV. und Napoleons I. verschwunden zu sein schien. In diesen alten Zeiten war England von Argwohn gegen jene Nation erfüllt, der zuzutrauen war, sie könnte die gesamten Kräfte des Festlandes zusammenschließen und am Ende gegen die britische Seeherrschaft in Bewegung setzen. Es war nicht notwendig, daß diese Macht die Briten auch durch ihre Kriegsflotte bedrohte. England blieb unter Waffen, selbst als Frankreich, nach der Vernichtung seiner Flotte bei Trafalgar, 1805, zur See ohnmächtig war; auch schritt es 1854 zum Angriff auf Nikolaus I., wiewohl Rußland auf dem Meere wenig zu bedeuten hatte.

In verschiedenster Art greifen die drei Triebfedern der äußeren Politik Englands ineinander. Es wird sich nach dem Weltkriege zeigen, welche bei der Bekämpfung des Deutschen Reiches die stärkste gewesen

ist. Dieses liegt zu Boden und seine Kriegsflotte auf dem Meeresgrunde, nur als Handelsmacht kann die deutsche Nation dank ihrem Unternehmungsgeiste und ihrem technischen Genie den Engländern den Raum einengen. Verhindert Großbritannien die Erholung des Nebenbuhlers, schnürt es ihm am Ende die Kehle zu, dann behält Tirpitz recht, wenn er behauptet, nicht die deutsche Kriegsflotte sei Ursache gewesen, daß Englands Eifersucht angefacht wurde. Man muß es Haldane und Grey glauben, wenn sie der deutschen Regierung 1912 sagten, daß es ihnen vor allem darauf ankomme, durch das Einvernehmen mit Frankreich und Rußland das europäische Gleichgewicht zu erhalten und Deutschlands weitere Machtausdehnung zu verhindern. Deshalb lehnten sie ein Neutralitätsabkommen ab und stellten die Verbindung mit den zwei festländischen Randmächten höher als selbst die Aussicht auf das Innehalten in den Seerüstungen; Deutschland war ihnen auch bei geringerer Anzahl seiner Kriegsschiffe zu mächtig. Deren Zahl war ihnen nicht so wichtig wie die Erhaltung des Machtgleichgewichtes. Dieser Ausdruck wurde in England mit Vorliebe gebraucht, während die Deutschen statt seiner von der sie bedrohenden Einkreisung sprachen. Es waren zwei Worte für dieselbe Sache. Wenn die Briten Besorgnis vor der Weltherrschaft der Deutschen äußerten, hielten diese ihnen entgegen, sie könnten nach solchen Zielen schon deshalb nicht streben, weil sie unter dem auf ihnen lastenden Drucke weltpolitisch kaum zu atmen vermöchten. Was die Briten befürchteten, war nicht eigentlich die damalige Macht Deutschlands, der von allen Seiten Schranken gesetzt waren, sondern die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Nation, die Vermehrung ihrer Menschenzahl, ihr rastloses Fortschreiten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Naturwissenschaften und der Technik. Wie, wenn die aufgespeicherten Energien die Bande politischer Mäßigung sprengten, wenn ein späterer deutscher Herrscher Lust bekäme, dem Beispiele Friedrichs des Großen und Bismarcks zu folgen? Immer sann die Briten auf neue Bündnisse, neue Verträge gegen das erstaunlich erstarkende Volk; das ist 1912 der Inhalt der von Erfolg zu Erfolg fortschreitenden englischen Politik.

Die chinesische Revolution

Saldane kam nach Berlin und verschwand von dort wie der Schatten an der Wand, auf der sich zur selben Zeit unauslöschliche Schriftzeichen eingruben. Sie verkündeten von fernen Ländern und Völkern, von China und Japan, wo sich Ereignisse abspielten, welche die Gruppierung der Westmächte dauernd bestimmten. Durch sie wurde das russische Reich dem britischen nähergebracht, so daß die Deutschland günstigen Ergebnisse der Potsdamer Zusammenkunft Wilhelms II. mit Nikolaus in die Winde zerstoben. In China brach 1912 die Revolution aus und in Persien wurden die Ansätze zu Freiheit und Ordnung von Rußland mit Hilfe der englischen Regierung zertreten. Trotz der inneren Verschiedenheit der zwei Ereignisse war ihnen gemeinsam, daß sich durch sie die Weltstellung Englands befestigte.

Wie sehr die Rücksicht auf die chinesischen Verhältnisse die europäische Politik Rußlands bestimmte, hatte die Potsdamer Begegnung gezeigt (Band II, Seite 390). Diese Zusammenhänge wurden bisher von uns bloß gestreift, werden aber nur deutlich, wenn auf den Gang der chinesischen Revolution und auf deren Vorgeschichte zurückgegriffen wird. Man stößt hierbei immer auf die Gestalt der Kaiserin-Witwe Tschu-Hsi, der merkwürdigen Frau, die durch ein halbes Jahrhundert bis an ihren Tod (1908) auf die Geschichte des Reiches der Mitte beherrschenden Einfluß geübt hat. Seitdem sie durch einen Staatsstreich 1898 die Partei der Reform niedergeworfen und den armen Kaiser Kwangsi zu einem Sklaven herabgewürdigt hatte, der, in steter Todesfurcht vor ihr schwebend, sich ihrem festen Willen unterwarf, behauptete sie sich als die eigentliche Regentin. Wiewohl sie während des Aufstandes der Boxer von Aufruhr bedroht war und vor den Truppen der europäischen Mächte auf der Flucht, blieb ihr die Verehrung des Volkes treu (Band I, Seite 329—335). In dieser schwierigen Zeit vertraute sie sich, die Stimmung des Landes genau kennend, der reaktionären und

fremdenfeindlichen Strömung an; die Boyer sahen in ihr im Kampfe gegen die „weißen Teufel“ eine Bundesgenossin, wenn die Kaiserin-Witwe sich auch mit Rücksicht auf Europa nicht offen für die nationale Erhebung erklärte. Auf der Flucht vor den fremden Truppen wurde sie, die im Volke die „Große Buddha“ hieß, überall mit hohen Ehren aufgenommen. Als der Sturm vorübergebraust war, kehrte sie mit dem Jammerkaiser wieder nach Peking zurück. Sie erkannte aber die Zeichen der auf Neuerungen drängenden Zeit und lenkte anscheinend in die Bahn der Reform ein. Dabei folgte sie dem Räte Quanschikais, des Vizekönigs der Provinz Schili, des Geliebten ihrer früheren Jugend, der ihr durch seinen Verrat an Kaiser Kwangsi 1898 wieder zur Macht verholfen hatte. Manche Verbesserung wurde eingeführt, vieles aber war nur Schein und Flitter, das Ganze ein vergängliches Machwerk. So versprach die Kaiserin-Witwe 1907 feierlich eine Verfassung, die aber erst nach neun Jahren in Kraft treten sollte. Unterdessen tagten geräuschvoll arbeitende Reformkommissionen, die auch einiges Gute zustande brachten, so die Unterdrückung der Opiumhöhlen und die Erlaubnis der Ehe zwischen den herrschenden Mandschu und den Chinesen; dabei wurde nur wenig an dem alten, morschen Baue und an den Vorrechten der Mandschu geändert. Am 15. November 1908 starb Tschu-Hsi, am Tage vorher der zuckerkrankte Kaiser Kwangsi, dessen Tod vielleicht beschleunigt worden war. Noch konnte die „Große Buddha“ ihm einen Nachfolger in der Person eines Kindes geben, des Kaisers Puji, für den dessen Vater Prinz Tschun die Vormundschaft führte. Kaiserin Tschu-Hsi war unübertroffen in den arglistigen Künsten der Regierung, aber keine große Herrscherin, da sie nicht aufzubauen verstand. Sie widersekte sich der Reform des Staates, als eine solche noch helfen konnte, und spielte dann mit ihr, um sich in ihrer Stellung zu behaupten. So hinterließ sie das Reich im Verfall, nach außen kraftlos. Je nach dem Augenblicksgebote der Herrschaft war sie großmütig oder treulos, sie befahl ohne Scheu Mordtaten, aber nicht aus Grausamkeit, sondern wo ein Hindernis nicht anders aus dem Wege zu räumen war. Sie besaß die richtige Witterung für die die Nation

jeweilig beherrschende Stimmung, war gegen die kleinen Leute gütig und freigebig, aber sie sah ihre Hauptstütze doch in den Mandschu, wenn sie auch die aus den Chinesen hervorgegangenen Talente, so Quanschikai, zu verwenden verstand. Alles in allem war sie das Abbild des überfeinerten, Kraft und Größe entbehrenden, zum Untergange bestimmten alten China.

Über der neuen Regierung schlugen die Wellen zusammen (Band II, Seite 388). Ein zuverlässiges Heer bestand nicht, nicht einmal die Kerntruppe eines solchen; die Finanzen befanden sich in Zerrüttung; die Gouverneure der achtzehn Provinzen zitterten zwar vor dem Hofe, regierten aber nach unten despotisch; die meisten von ihnen bereicherten sich und ließen Wehrmacht, Gerichtswesen und gemeinnützige Anstalten verfallen. Der Klügste unter ihnen war Quanschikai; aber gehaßt von dem Regenten, Prinzen Tschun, verlor er Ämter und Würden und wurde in seine Heimat verbannt, auch hier niemals des Lebens sicher. Unterdessen schwoll die revolutionäre Flut und unterwusch die Stützen des Thrones wie die Stellung der 1644 ins Reich gedruckenen Mandschu. Die Dynastie war nicht so angefeindet wie dieser aufgeblasene Adel, dem die chinesische Bildung ebenso fremd war wie die europäische, dessen an Geburt und Rang höchstehende Familien sich an dem Marke des Volkes vollzogen und es verpraßten. Die Luft ward dadurch erweitert, daß der Adel dem chinesischen Volke stammesfremd war. Vergebens versuchte die Regierung, den Sturm durch das abermalige Versprechen einer Verfassung zu beschwören. Indessen forderte die revolutionäre Partei, erfüllt von den aus Europa und Amerika eingeströmten Ideen, nichts weniger als Volkssouveränität und Parlamentsherrschaft; Aufklärung und Rechtsgleichheit sollten die Nation erneuern, womit sich viel Überspanntes und Verworrenes vermengte, wie es der Landesart entsprach. An der Spitze stand Sunyatsen, der an der amerikanischen Lehranstalt zu Kanton Medizin studiert und das Doktorat erworben hatte. Im Süden brach (September 1911) die Revolution aus, für die sich auch der Westen erklärte. In Peking zitterte der Hof und bat den verfolgten Quanschikai um Rettung aus der Not. Er ließ sich lange nicht erweichen,

dann nahm er die Stelle des Ministerpräsidenten und des Generalissimus an. Anfangs scheint es ihm mit der Erhaltung des Kaiserthrones Ernst gewesen sein; als er aber dessen Sache verloren sah, schlug er sich zur Revolution und nötigte im November 1912 die Dynastie zur Abdankung. Die Republik wurde ausgerufen und Yuanseikai zum Präsidenten gewählt. Es war eine erstaunliche Wandlung, so ganz den Vorstellungen von dem konservativen Charakter des chinesischen Volkes widersprechend. Allerdings äußerte sich dieser Wesenszug in der Behandlung des Kaiserhauses; keinem Mitgliede wurde Gewalt angetan, die Dynastie erhielt sogar einen Ruhegehalt, und dem Kaiser blieben bei den Sühnopfern gewisse Ehrenrechte. Der Mandschu-Adel dagegen erfuhr keine Schonung und verlor Ämter und Gehälter, in vielen Provinzstädten wurden seine Familien abgeschlachtet.

Den europäischen Mächten stieg mit der Revolution die Sorge auf, ob das 400 Millionen zählende chinesische Volk sich nicht erheben und im Bewußtsein seiner uralten Bildung gegen die Anmaßungen der fremden Nationen kehren werde. Das glückliche Beispiel des reformierten Japan reizte zur Nachahmung; die Welt erhielt aber ein anderes Antlitz, wenn China zu der seiner Volkszahl entsprechenden Macht emporwuchs. All dies lag im Jahre 1912 im Dunkeln. Rußland besonders, das mit Tausenden von Kilometern an China grenzte, machte sich darauf gefaßt, daß der erste Stoß sich gegen Sibirien richten werde. Wenn selbst das chinesische Volk sich für Freiheit reif zeigte, mußten die es bewegenden Ideen früher oder später auch nach Rußland überspringen. Wie, wenn Japan auf die Leitung der chinesischen Revolution Einfluß gewann, wie, wenn es die Völker der gelben Rasse um sich scharte und nach der Herrschaft über Ostasien griff? Diese Befürchtungen bewegten den Petersburger Hof tief und bestimmten ihn zur Annäherung an Großbritannien. Da außerdem im März 1912 auch der Balkanbund entstand und sich gegen die Türkei wandte, war es für Rußland aus einer Reihe von Gründen unendlich wichtig, sich mit England über die Gestaltung der Welt zu verständigen; in Ost- und Südastien waren dessen Hilfsquellen so gewaltig, daß neben ihnen die Deutschlands kaum ins

Gewicht fielen. Der zu Potsdam noch aufrechtgehaltene Flirt mit dem Berliner Hofe war zu Ende, und der Dreiverband — Rußland, Britannien und Frankreich — erwuchs zu seiner vollen Bedeutung für die Weltpolitik.

*

Erdrösselung Persiens

Während in bezug auf China nur Zukunftsorgen und Zukunftshoffnungen mitspielten, erforderte die persische Frage eine schleunige Antwort, die auch im Winter von 1911 auf 1912 gegeben wurde. Halbane erzählt uns, daß er sich in Berlin Mühe gab, herauszubringen, ob ein geheimes Abkommen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche bestünde. Das war nicht der Fall. Aber schon jener Augustvertrag von 1911 war ein Dorn im Fuße der englischen Regierung, der sie im Gehen nicht hinderte, aber doch belästigte. Grey war entschlossen, ihn herauszuziehen, und zwar um den Preis der Überantwortung Persiens an die russische Regierung.

Den Russen war es unendlich, daß die persischen Patrioten, die Partei des Fedai's, alle Anstrengungen machten, um in ihrem Lande Ordnung herzustellen und dessen Selbständigkeit aufzurichten. Das Notwendigste war die Regelung der zerrütteten Finanzen, welche Aufgabe im Mai 1911 dem sachkundigen Amerikaner Morgan Shuster anvertraut wurde. Er ging rüstig an die Arbeit und traf eine Reihe geeigneter Maßregeln. Da trat die russische Regierung mit der Beschwerde dazwischen, Shuster hätte gewisse von ihr erworbene Rechte angetastet. Sie schob Truppen an die Grenze und schickte am 29. November 1911 ein Ultimatum ab, in welchem sie nicht nur Shusters Entlassung, sondern auch Ersatz für die Kosten ihres bewaffneten Aufgebotes verlangte. In tiefer Trauer, den Untergang der Freiheit vor Augen, beriet das persische Parlament über das Unsinnen. Es unterwarf sich nicht, sondern

trat dem Antrage eines angesehenen Geistlichen bei, dessen Rede bloß in den Worten bestand: „Es mag der Wille Allahs sein, daß Freiheit und Unabhängigkeit uns mit Gewalt genommen werden, wir aber wollen ihren Verlust nicht mit eigenen Händen unterzeichnen.“ Darauf rückten die russischen Truppen vom Nordwesten ins Land auf Täbris los, dessen Bewohner Widerstand versuchten und einige in der Stadt wohnende Russen erschlugen. Furchtbar war die über die Stadt verhängte Strafe, in der ein Blutbad angerichtet wurde. Im Januar 1912 besetzten die Russen auch die Hauptstadt Teheran, Persien wurde niedergetreten und Shuster kehrte in seine Heimat zurück, worauf er ein eindrucksvolles Buch „Die Erwürgung Persiens“ veröffentlichte. Darin legte er dar, in welcher Art die englische Regierung der russischen ihre Unterstützung geliehen hatte; die eine habe mit Gewalt, die andere mit vollendeter Heuchelei alles getan, um dem persischen Volke die Mittel zu nehmen, sich aus Wirrsal und Ohnmacht zu erheben¹⁾.

Die Vorgänge bei der Einnahme von Täbris waren der Anfang der Ereignisse, über welche Georg Brandes folgendermaßen berichtet²⁾: „Auf diesen Staatsstreich folgte die Schreckensherrschaft in Täbris, Rescht, Meshhed und in anderen Städten. Allein in Täbris wurden weit über hundert angesehene Patrioten, darunter der höchste mohammedanische Geistliche, nationale Führer, Landtagsabgeordnete usw., den grausamsten Foltern unterworfen und darauf gehenkt. In der Provinz Aserbeidschan ernannten die Russen zum Gouverneur einen berühmten Räuberhauptmann, der dort mit ihrer Zustimmung drei Jahre hindurch die entsetzlichsten Barbareien beging; so ließ er einen persischen Freiwilligen kaltblütig mitten durchschneiden und je eine Hälfte der Leiche an zwei verschiedenen Enden der Stadt öffentlich zur Schau stellen; ein anderes Opfer, einen Geistlichen, ließ er zu Tode martern, nachdem er

¹⁾ W. Morgan Shuster, „The Strangling of Persia“, London und Leipzig, 1912. Die von England gespielte Rolle ist S. 221—244 geschildert. Vgl. auch „Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens“, Berlin 1917, und die Korrespondenz der russischen Regierung bei Siebert, l. c. S. 211—255.

²⁾ Der Artikel des dänischen Literaturhistorikers, „Das Verbrechen Englands und Rußlands an Persien“, erschien im März 1917 in der Monatschrift „Die Islamische Welt“.

ihm vorher die Augen ausgestochen hatte. Professor Edward Brown in Cambridge, wohl der beste europäische Kenner des modernen Persiens¹⁾, hat über die russischen Schandtaten des Jahres 1912 in Tabriz ein ganzes Buch veröffentlicht, in dem sich die russische Kultur, mit der wir nun auch in Europa bedacht werden sollten, an der Hand eines reichen photographischen Materials in ihrer wahren Gestalt studieren läßt.“

Das Verhalten Greys erfuhr den schärfsten Tadel der englischen Radikalen, die aber auch diesmal der geschlossenen Mehrheit des Parlaments gegenüberstanden, welche die amtliche Politik billigte. Über die Beschönigung, Persien hätte sein Unglück sich selbst zuzuschreiben, schrieb die „Nation“: „Es ist ein Fall von Wolf und Lamm, so flagrant und so zynisch, daß man sich kaum versucht fühlt, ihn weiterer Untersuchung wertzuhalten.“ Im „Manchester Guardian“ war zu lesen: „Kein Engländer kann diese Erzählung ohne ein tiefes Gefühl von Scham und Verwunderung lesen, — von Scham über die Schmach, mit der wir jeden Grundsatz geopfert haben, der unser Land in Asien großgemacht hat, und von Verwunderung über die Gründe, die einen liberalen Staatsmann zum Agenten der Erniedrigung gemacht.“²⁾ Das radikale Blatt findet also, Greys Liberalismus habe nicht die Probe bestanden, aber die Beweggründe des Staatssekretärs wurden von dem Oxford Professor Bertrand Russell sachgemäß gekennzeichnet: „Seitdem wir im Schrecken vor der Annäherung des Zaren und des Kaisers lebten, waren wir Rußland vollständig unterwürfig.“³⁾

Wichtiger aber als die Gedankengänge der radikalen Opposition sind für das Geschehene die der britischen Imperialisten, welche es für richtig fanden, den persischen Stein auf dem Schachbrette zu verwenden.

¹⁾ Der von Brandes genannte Professor Edward S. Brown ist einer der besten Kenner der persischen Sprache und Literatur in England; er veröffentlichte über die Ereignisse mehrere Schriften, darunter: „The Persian Crisis of December 1911“ und „The Reign of Terror at Tabriz: English Responsibility“; diese beiden Schriften sind 1912 in London erschienen.

²⁾ Die zwei Zitate nach Ferd. Tönnies, „Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung“, Berlin 1915, S. 74. Vgl. auch Th. Jäger, „Persien“, 14. Heft der „Deutschen Orientbücherei“, Weimar 1916.

³⁾ Bertrand Russell, „The Policy of the Entente 1904—1914“, S. 53 u. 64.

Man lernt ihre Vorstellungen gut aus dem Buche kennen, das Murray der Politik des ihm befreundeten Grey widmete. Murray nennt sich einen Liberalen und Radikalen, sieht aber die persischen Zustände völlig mit den Augen der russischen Regierung. „Die persische Revolution“, so schreibt er¹⁾, „war angeregt und geleitet durch das Beispiel der russischen Revolution. Die Neigungen der amtlichen russischen Kreise waren instinktmäßig monarchisch und verfassungsfeindlich; dabei ist es überraschend, daß sie sich so korrekt und ehrenhaft verhielten, wie sie es taten.“ Dann hält Murray den persischen Parteien einen Sündenpiegel vor und verspottet ihre Anstrengungen, im Lande Ordnung zu schaffen. Wohl gibt er zu, daß Grey die Perser in ihrem Streben, sich zu erholen, nicht unterstützt habe, faßt aber sein Urteil dahin zusammen: „Verständig, hilfreich, fest, manchmal übergewissenhaft, unveränderlich, loyal und ehrenhaft, haben die Entscheidungen des englischen Staatssekretärs des Äußeren die Lage fast immer zu einer besseren gestaltet, als sie früher war. Alles in allem ist es nicht immer Schuld der Ärzte, wenn der Kranke stirbt.“ Der Kranke ist aber besonders schlimm daran, wenn der Arzt mit den gewissenlosen Erben im Einverständnis ist. Die Brücke zwischen London und Petersburg war geschlagen; Grey aber genoß bei den Russen um so höhere Schätzung, als er in England um seiner Freunde willen angefeindet wurde.

*

Englisch-belgischer Vertrag

Der britische Staatssekretär übereilte sich nicht, sondern ließ die Früchte seiner russischen Politik reifen. Es mußte sich auch erst zeigen, wie sich die Dinge auf der Balkanhalbinsel nach dem am 13. März 1912 unter dem Schutze des Zaren zustande gekommenen serbisch-bulgari-

¹⁾ Gilbert Murray, „The foreign Policy of Sir Edward Grey“ 1906—1914, Oxford 1915. Die in der vorigen Anmerkung erwähnte Schrift Russels ist eine Antwort auf die Murrays. Dieser ist Professor der klassischen Philologie; Russel ist Mathematiker.

sehen Verträge entwickelten. Hier wurde der russischen Regierung der Vortritt gelassen, während England um so zäher daran arbeitete, Belgien in das englisch-französische System hereinzuziehen. Der verheißungsvolle Anfang war schon 1906 gemacht worden. Der Punkt, an dem die englische Regierung den Hebel ansetzte, war auch diesmal der Kongo mit seiner die Einwohner drückenden Finanzverwaltung (Band II, Seite 89f.). Schon 1906 hatte die englische Regierung die Mißstände dazu benützt, um König Leopold II. zu schrecken und ihn mit sanfter Gewalt zum Anschlusse an das britisch-französische Einvernehmen zu zwingen. Die dem Könige also erwachsenden Schwierigkeiten bestimmten ihn, die ihm persönlich zustehende Staatshoheit über den Kongo an Belgien abzutreten; dieses war sonach mit der Aufgabe belastet, der Ausbeutung der Kongoneger durch die Kolonialgesellschaften ein Ende zu machen. Die britische Regierung erklärte, sie werde die Einverleibung des Kongostaates nicht früher anerkennen, bis die Mißstände abgestellt seien. Am 17. Dezember 1909 starb Leopold II., aber die Regierung seines Nachfolgers stand unter demselben Drucke. So oft man in London mit Belgien unzufrieden war, veröffentlichte die britische Regierung in den Blaubüchern die Berichte ihrer Konsuln in Afrika; einmal ließ der englische Gesandte in Brüssel die Drohung fallen, Belgien könne die Unannehmlichkeit in jedem Augenblicke wieder haben. Das ging so weiter, wiewohl im Kongo manche Verbesserung eingeführt, Handelsfreiheit gewährt und in großen Gebieten das Monopol der Kolonialgesellschaften aufgehoben worden war. Wie England die Drähte zog, ist den Gesprächen Greys mit dem belgischen Gesandten Lalain zu entnehmen. Am 11. Mai 1911 sagte er ihm, die Berichte seien so ungünstig wie früher, doch würden sie zurückgehalten werden; etwas später fügte er noch beruhigender hinzu, die Agenten hätten die Weisung erhalten, die belgische Verwaltung zu schonen und auf die großen ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten hinzuweisen. Man sieht, daß die Börsartigkeit der Kongogreuel sich nach den politischen Bedürfnissen Englands richtete ¹⁾.

¹⁾ Die obigen Zitate nach dem Aufsätze von Rathgen in der Zeitschrift „Preussische Jahrbücher“, 1915, Band 162.

So drückte England auf die Brüsseler Regierung, die aber auch aus einem anderen Grunde in London Anlehnung suchte. Es war ihr nicht unbekannt, daß Deutschland die Absicht hegte, bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich Hand auf Belgien zu legen, aber ebenso Großbritannien, was der englische Militärbevollmächtigte in Brüssel 1911 ohne weiteres bekannt hatte (Band III, Seite 42f.). In dieser Not besorgte Belgien, die Verträge über seine Neutralität böten nicht genügenden Schutz, und glaubte sich noch am besten bei den Westmächten geborgen. Die Verabredungen von 1906 wurden wieder aufgenommen, und im Frühjahr 1912 schloß der belgische Generalstabschef Jungbluth mit dem britischen Militärbevollmächtigten, Obersten Bridges, eine Militärkonvention, die für den Fall des Einmarsches deutscher Truppen dem Lande die britische Hilfe sicherte. Da die Gefahr doch auch von England drohte, so war dies ein einseitiges und Deutschland feindseliges Vorgehen. Diesem blieb der Vorgang geheim; erst die Haltung der belgischen Regierung beim Ausbruche des Weltkrieges enthüllte den Sachverhalt, der durch die zu Brüssel gefundenen Aktenstücke volle Aufklärung erhielt. Aus ihnen ging hervor, daß der englische Generalstab in genaue Kenntnis der militärischen Hilfsmittel des Landes und der militärischen Verhältnisse Deutschlands gesetzt wurde¹⁾.

*

P o i n c a r é

Hatte England dem Zaren in Persien ein Opfer bringen müssen, so kam ihm dagegen Frankreich von selbst entgegen, was mit dem

¹⁾ Es gab belgische Diplomaten, die den Anschluß an England bedenklich fanden und davor warnten. So Guillaume, der Gesandte in Berlin, wie aus seinem Berichte vom 23. Dezember 1911 hervorging. („Belgische Aktenstücke“, S. 77, 101, 102.) Ähnlich das Urteil des belgischen Majors Girard. Er veröffentlichte 1912 einen Aufsatz, in dem er riet, bei einem Einfall der Deutschen neutral zu bleiben und mit ihnen auf folgender Grundlage abzuschließen: Die belgische Regierung gestattet den Durchzug, doch müßten die Festungen Belgien bleiben, welches auch das Recht zu behalten hätte, seine Armee mobil zu machen. Der Aufsatz Girards ist wieder abgedruckt in seinem Buche: „Avant la guerre“, Brüssel 1916.

Ministerwechsel vom 13. Januar 1912 zusammenhing. Nicht zum mindesten durch englischen Einfluß wurde Josef Caillaux gestürzt, der die unverzeihliche Schuld der Annäherung an Deutschland auf sich geladen hatte, um derentwillen er während des Weltkrieges wegen Hochverrats in den Kerker geworfen wurde¹⁾. An seiner Stelle übernahm Raymond Poincaré die Leitung der Regierung, in dessen Kabinett zwei ehemalige Ministerpräsidenten, Briand und Bourgeois, eintraten. Allgemein bemerkte man, wie vertraut er mit dem russischen Botschafter Iswolksij verkehrte; die zwei Männer bestärkten sich gegenseitig in dem Vorsatze, daß germanische Mitteleuropa zwischen die Zange zu nehmen. In einem Buche von René Pinon ist der Gedanke ausgesprochen, daß unter den französischen Politikern der Zeit zwei Reihen zu unterscheiden sind; die einen befolgten den von Gambetta gegebenen Rat, Frankreich solle unausgesetzt an Elsaß-Lothringen denken, aber nie davon sprechen, während die anderen die Vergeltung im Munde führten. An Ferry, Rouvier, Caillaux denkt Pinon, wenn er von der ersten Gruppe spricht; zur zweiten gehörten Boulanger, Delcassé, endlich Poincaré. Wiederholt kommt der belgische Gesandte Guillaume in seinen Berichten auf die bedenkliche Seite der Regierungstätigkeit Poincarés zu sprechen. So schreibt er am 21. Februar 1913: „Ich bin der Ansicht, daß Herr Poincaré als Lothringer sich darin gefiel, vom ersten Tage seines hohen Amtes die Sorge zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hochzuhalten; das ist die Gefahr, welche die Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysée in den bewegten Zeiten bietet, in denen sich Europa befindet.“

Nicht, daß Poincaré eine bahnbrechende, eine beherrschende Persönlichkeit gewesen wäre. Er für sich war nicht stark genug, um den Krieg gegen Deutschland zu entfachen, aber in ihm verkörperten sich die die Nation leitenden Empfindungen. Im Notfalle hätte er sich wohl oder übel auch zu einer friedlichen Politik verstanden; jetzt aber, da die Hoffnung auf Vergeltung durch die von Rußland und von Großbritannien

¹⁾ J. Caillaux hat über seine Gefangenschaft ein Buch veröffentlicht, das in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Meine Gefangenschaft“ 1921 erschienen ist und auch auf seine Außenpolitik Licht wirft.

zu erwartende Haltung in Frankreich bis zum Kaufe aufgepeitscht war, flossen seine persönlichen Neigungen mit denen der Mehrheit des Volkes in einen Strom zusammen.

Zuerst bekam Italien zur Strafe für seine Zugehörigkeit zum Dreibunde die harte Hand des neuen Ministerpräsidenten zu fühlen; während des Feldzuges in Tripolis kam es zu argen diplomatischen Weiterungen (Band III, Seite 60). Aus demselben Grunde wurde Österreich-Ungarn, und zwar bei seiner Finanznot, gefaßt, in der Art, daß ihm eine Anleihe auf dem Pariser Geldmarkte versagt blieb. Auch abgesehen davon sprach die französische Regierung den Grundsatz aus, nur in verbündeten und befreundeten Staaten des Auslandes dürften die Kapitalien des Landes angelegt werden. Dadurch aber, daß die französischen Banken genötigt wurden, sich mehr von politischen als von kaufmännischen Erwägungen leiten zu lassen, entstand der Nachteil, daß das französische Geld mitunter unzuverlässigen Schuldner anvertraut wurde, so einigen südamerikanischen Republiken. Die Rußland gewährten Anleihen verursachten im Weltkriege große Verluste an Kapital und Zinsen und schon 1913 entstand durch säumige südamerikanische Schuldner eine Finanzkrise. Bis zu diesem Zeitpunkte galt Frankreich für den an Anleihkapital reichsten Staat des Festlandes, jetzt kam das Sinken seiner finanziellen Kraft zum Ausdruck.

Bei solcher Gesinnung richtete Poincaré sein Augenmerk zunächst auf die engste politische und militärische Verbindung mit Rußland. Am 13. Juli 1912 vereinbarte der russische Konteradmiral, Fürst Lieven, der Generalstabschef der Flotte, zu Paris ein Abkommen über das Zusammenwirken der beiden Marinen; damit hingen die darauffolgenden russischen Flottenbauten zusammen.

Dann reiste Poincaré nach Petersburg, wo er vom 9. bis zum 16. August wichtige Verhandlungen zum Abschlusse brachte, andere anknüpfte. Dort wurde zunächst jenes Marineabkommen in die endgültige Form gebracht¹⁾. Wichtiger waren die Verabredungen, wie in einem

¹⁾ Vgl. das Schreiben Sazonows über seine Verhandlungen mit Poincaré bei Siebert, l. c. S. 792.

Bundeskriege die Bewegungen der französischen und der russischen Heere ineinander zu greifen hätten. Nach dem japanischen Kriege hatte der russische Generalstab den Grundsatz aufgestellt, daß im Falle eines Zusammenstoßes mit den Mittelmächten Kongresspolen zunächst zu räumen und das Heer hinter dem Bug zu sammeln wäre. Denn Polen konnte von den Ostprovinzen Preußens und von Galizien her im Halbkreise umfaßt werden; dann fielen schwächere russische Truppen daselbst dem Verderben anheim. Dieser Kriegsplan war nicht nach dem Wunsche Frankreichs, das auf ein möglichst frühes Vordringen des russischen Heeres gegen Berlin Wert legen mußte. Von russischer Seite wurde die Unvollständigkeit des Eisenbahnnetzes des Zarenreiches eingewendet, das den Aufmarsch hart an der Westgrenze nicht erlaubte. Frankreich erklärte sich nun zu neuen großen Anleihen bereit, die dem Ausbaue der Eisenbahnen und dem der polnischen Festungen zu dienen hätten. Daraufhin verständigte man sich über einen Frankreich genehmeren Operationsplan. Die Russen ihrerseits fanden, die gemeinsame Sache sei dadurch gefährdet, daß Deutschland infolge seiner größeren Volkszahl und seines stärkeren stehenden Heeres über Frankreich mit Übermacht herfallen und seine Armee in deren Aufmarschraume zerschlagen könnte. Sie legten Poincaré nahe, diesen Uebelstand durch die Verlängerung der Dienstzeit zu beheben, was eine Auffüllung der Mannschaftsstände ermöglichte. Darauf ging der französische Ministerpräsident ein und traf nach seiner Heimkehr die notwendigen Vorbereitungen¹⁾. In seinem Kabinett war Millerand Minister des Krieges, Delcassé der Marine, beide von demselben Geiste erfüllt wie Poincaré. Millerand stellte seine Umsicht und große Beredsamkeit in den Dienst des französischen Militarismus. Mit Recht sprach man von dem „neuen Geist“, der mit Poincaré in das öffentliche Leben eingezogen war. Die Nation glaubte sich den größten Anstrengungen und Prüfungen gewachsen.

¹⁾ Im September 1919 erschien in der Londoner „Nation“ ein Aufsatz, in dem Poincarés Schuld am Weltkriege betont wurde. Darauf ließ dieser im selben Monate in der „Europe Nouvelle“ diplomatische Depeschen vom September 1912 veröffentlichen, um den friedlichen Charakter seiner Politik zu erweisen.

Selbsttäuschungen der deutschen Regierung

Wohl war die deutsche Regierung durch die Vorgänge in Paris beunruhigt, sie gab sich aber der Hoffnung hin, dafür mit England ins reine zu kommen. Denn während dieses insgeheim für seine belgische Flanke Vorsorge traf, setzte es 1912 und 1913 die Unterhandlungen mit Deutschland fort, welche die Flottenstärken der zwei Staaten, die Aufteilung der portugiesischen Kolonien in Südafrika, endlich die Bagdadbahn zum Gegenstande hatten. Dadurch wurde das Berliner Kabinett in der Überzeugung bestärkt, Grey wüßte nichts Besseres als einen Auszug der bestehenden Weiterungen. Um ihn in diesen löblichen Gesinnungen zu bestärken, berief Deutschland im Mai 1912 seinen Botschafter in London, den Grafen Wolff-Metternich, ab, dem man eine gewisse Schroffheit Schuld gab; er wurde von dem Entschlusse des auswärtigen Amtes unversehens überrascht, so daß er beim Abschiede von der deutschen Kolonie seinem Mißvergnügen Ausdruck gab. An seine Stelle trat Marschall von Bieberstein, der sich am Bosphorus in jeder Weise bewährt hatte; er verließ jedoch den Schauplatz seiner Tätigkeit nicht ungern, da der Tripolisfeldzug der Italiener ihm seine Stellung in Konstantinopel erschwerte. Marschalls große diplomatische Fähigkeiten zeigten sich auch in London, wo er das Recht Deutschlands auf eine starke Kriegsflotte bestimmt betonte, dabei aber so maßvoll auftrat, daß er allgemeines Vertrauen gewann. Er hoffte, seine Laufbahn mit der deutsch-englischen Verständigung glanzvoll abschließen zu können, starb aber schon am 24. September 1912 eines plötzlichen Todes. Seine Bemühungen wurden von dem Geschäftsträger Kühlmann fortgesetzt, dann seit dem November 1912 von dem deutschen Botschafter, Fürsten Lichnowsky. In dieser Zeit schlug Grey im Verkehr mit den Vertretern Deutschlands einen wärmeren Ton an und diese Zeichen von Vertraulichkeit des sonst ebenso gemessenen wie höflichen Staatssekretärs machten auf sie einen starken Eindruck, dem Lichnowsky sich fessellos hin-

gab. Auch in Berlin glaubte man, ein anderer Geist wäre ins britische Auswärtige Amt eingekehrt, der Tod König Eduards nicht ohne Folgen geblieben. Dabei wurde übersehen, daß die Formen nebensächlich sind, und daß Grey ununterbrochen an der Erweiterung des von Eduard VII. mitgeschaffenen, gegen Deutschland gerichteten Bündnisystems arbeitete. Der Staatssekretär und Halbane hatten dem Berliner Kabinett übrigens unverhohlen gesagt, daß Britannien sein Verhältnis zu Rußland und Frankreich als den Eckstein seines diplomatischen Gebäudes betrachte. Wenn sich Bethmann Hollweg trotzdem über die Absichten des englischen Staatssekretärs täuschte, war es seine eigene Schuld.

*

Englisch - französisches Bündnis

Immer enger zog sich um die Mittelmächte der Ring. England und Frankreich hatten schon 1906 eine Militärkonvention geschlossen; wichtig aber war bei der Schwäche der englischen Landmacht und dem Übergewichte seiner Flotte, daß im September 1912 ein Marineabkommen zustande kam¹⁾. Es war, man kann sagen, eine Verabredung auf Sein und Nichtsein. Denn die zwei Staaten vertrauten einander wechselseitig den Schutz ihrer Küsten und Gewässer an und entblößten weite Gebiete von den eigenen Streitkräften, wenn nur die des Genossen zur Stelle waren. Britannien zog einen Teil seiner Mittelmeerflotte ab, welchen es für die Verstärkung seiner Heimatflotte benützte. Dafür verlegte die Republik nahezu alle ihre Geschwader nach ihrer südlichen Küste, so daß die Verteidigung auch der englischen Interessen im Mitteländischen Meer ihr übergeben war, während England den Schutz der französischen Küsten im Armeekanal und ebenso im Atlantischen Ozean übernahm. Es war ein Aufmarsch im Norden gegen Deutschland, im Süden gegen dessen Bundesgenossen. Bei der Spannung, die damals

¹⁾ Das Datum ist in Bethmann Hollwegs „Betrachtungen“, S. 63, angegeben.

wegen Tripolis zwischen Italien und Frankreich bestand, war den Italienern die Anhäufung der französischen Seestreitkräfte in ihrer Nähe peinlich. Durch das Marineabkommen wuchsen die Flotten Englands und Frankreichs zu einer organischen Einheit zusammen. Die Sache war so wichtig, daß der Premierminister und Churchill anfangs Juni ins Mittelländische Meer gereist waren, um in Malta mit Lord Ritchener zu beraten; es scheint, daß sie ihn darüber zu beruhigen für notwendig hielten, ob es angehe, die Obhut der Meeresstraße nach Ägypten und Suez ausschließlich den Franzosen zu überlassen.

Da die zwei Westmächte sich militärisch fest zusammenschlossen, war es eine Lücke, daß zwischen ihnen noch kein politisches Bündnis bestand. Jetzt aber glaubten die Kabinette von London und Paris den Augenblick der Ergänzung gegeben. Das Jahr 1912 brachte am 13. März das Angriffsbündnis Bulgariens und Serbiens gegen die Türkei und im November den Vertrag zwischen den beiden Westmächten. Der innere Zusammenhang zwischen den beiden Staatsakten, durch den sich auch eine gewisse Ähnlichkeit im Aufbaue der zwei Verträge erklärt, soll uns noch beschäftigen.

Bisher hatten die Lenker der französischen Republik es vermieden, ihr Land mit Großbritannien durch einen Vertrag zu verketten, weil sie nicht Lust hegten, dessen Seeherrschaft zu verteidigen, wobei Frankreich vom ersten Stoß der deutschen Heeresmacht getroffen werden mußte. Das war der Grund gewesen, weshalb Rouvier das ihm angebotene Bündnis 1905 abgelehnt hatte, so lebhaft auch Delcassé einem solchen das Wort gesprochen. Die eigentliche Ursache der Kühle Frankreichs war die Schwäche der englischen Landarmee, worüber sich André Tardieu, dem während des Weltkrieges eine wichtige diplomatische Rolle zufallen sollte, 1910 aussprach, indem er sagte, die britische Freundschaft werde für Frankreich erst wertvoll sein, wenn England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt habe; vorher wäre es besser, von einem förmlichen Bündnisse abzusehen¹⁾. Ähnlich urteilte Clemenceau als Ministerpräsident. Aber in den letzten Jahren vor dem Weltkriege traten diese

¹⁾ A. Tardieu „La France et les alliances“, 3. Auflage, Paris 1910.

Bedenken in den Hintergrund, weil sich Frankreich an der Hoffnung berauschte, unterstützt von Britannien und Rußland, den Erbfeind niederzuringen. Die Militärkonvention und das Marineabkommen zwischen den beiden Mächten schienen nicht ausreichend, denn sie regelten wohl die gemeinsame Tätigkeit, falls es zu einem Bundeskriege kommen sollte, nicht aber die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Kampf zu führen wäre. Als mit Poincaré die Kriegspartei in die Regierung einzog, wollte sich das Pariser Kabinett darüber Sicherheit verschaffen und begann die tiefeinschneidende Verhandlung. Poincaré stellte an die englische Regierung die Frage, Frankreich wolle wissen, unter welchen Umständen die eine der zwei Mächte auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen dürfe.

Auf diesen Augenblick hatte Grey lange gewartet. Er zögerte also nicht, in die entgegengestreckte Hand einzuschlagen. Indessen hatte er in bezug auf die Form des Abkommens Grund zur Vorsicht. Einmal durfte die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht der unruhigen französischen Nation anheimgegeben werden; England tat gut, sich Freiheit des Handelns vorzubehalten; darauf richtete Grey nach seiner späteren Versicherung das Augenmerk. Dann aber hatte die englische Regierung Rücksicht auf das Parlament zu nehmen, dessen liberale Mehrheit von einem Kriegsbündnisse nichts wissen wollte. Auch im Ministerium saßen einige Männer pazifistischer Gesinnung, dieselben, die im August 1914 lieber ihr Amt niederlegten als den Eintritt Englands in den Krieg mitzumachen; ihnen (Morley, Burns, Trevelyan) wäre auch 1912 nicht eine unbedingte militärische Verpflichtung abzurufen gewesen. Ein liberales Kabinett bewegt sich überhaupt in der äußeren Politik nicht so frei wie ein konservatives. Das Abkommen mit Frankreich mußte also derart abgefaßt werden, daß die Regierung auf eine Anfrage im Parlament zur Not antworten konnte, England habe sich nicht zur Kriegshilfe verpflichtet.

Deshalb wurde nicht ein Vertrag von Kabinett zu Kabinett geschlossen, sondern die Form gewählt, daß Grey am 22. November an Cambon einen Brief mit der Aufschrift „Mein lieber Botschafter“ richtete, und

daß dieser durch ein Schreiben antwortete, das mit den Worten begann „Lieber Sir Edward“. Grey erwähnte in seinem Briefe, daß allerdings früher schon militärische Besprechungen zwischen den zwei Regierungen stattgefunden hätten, doch sei dadurch „die Freiheit jeder Regierung, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der anderen mit Waffenhilfe leisten werde, nicht beschränkt worden“. Demgegenüber gab der englische Staatssekretär jetzt eine Erklärung ab, die Cambon wieder nahezu wörtlich in seinen Brief hinübernahm. Ein Vertrag also, ohne die Form eines solchen. Der französische Botschafter bezog sich in dem Schreiben vom 23. November auf seine zu Grey gemachte Bemerkung, es sei notwendig, zu wissen, ob die eine Macht im Falle eines auf sie unternommenen Angriffes auf die Hilfe der anderen zählen könne und fuhr dann übereinstimmend mit der Erklärung Greys fort:

„Ihr Brief erwidert auf diese Bemerkung; und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß, falls eine von unseren zwei Regierungen einen gewichtigen Grund hätte, entweder den Angriff einer dritten Macht oder ein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu befürchten, diese Regierung sofort mit der anderen beraten werde, ob die zwei Regierungen übereinstimmend handeln sollen, um dem Angriffe zuvorzukommen oder den Frieden zu bewahren. In diesem Falle würden die zwei Regierungen über die Maßnahmen beratschlagen, die sie gemeinsam zu ergreifen geneigt wären; wenn diese Maßnahmen zu einer Aktion führen sollten, so würden die zwei Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstabschefs in Betracht ziehen und über die Folge entscheiden, die diesen Plänen zu geben wäre.“

Die Abmachung war in der Form gewunden, sprach aber insofern deutlich, als auch ein Angriff auf Deutschland ins Auge gefaßt war. Denn es ist nicht bloß von der Abwehr eines deutschen Angriffes die Rede, sondern von einem sonst „den allgemeinen Frieden bedrohenden Ereignis“, auf das hin man die Waffen gemeinsam ergreifen würde. Unter diesem Vorwande konnte wann immer losgeschlagen werden. Eine Milde rung bestand nur darin, daß die zwei Mächte auch in diesem Falle noch beraten wollten, ob den von ihren Generalstäben ausgear-

beiteten Plänen Folge zu geben wäre. Auf diesen hemmenden Umstand hat Grey nach Ausbruch des Weltkrieges wiederholt hingewiesen, um zu zeigen, England sei nicht an Frankreich gebunden gewesen. Indessen liegt es in der Natur eines derartigen Bündnisses, daß die vertragsschließenden Teile sich die Entscheidung darüber vorbehalten, ob nach ihrer Ansicht der Kriegsfall auch wirklich eingetreten ist. In dem Briefe Greys an Cambon ist ausdrücklich gesagt, daß die bis dahin bestehenden Militärkonventionen die Freiheit der zwei Regierungen nicht beschränkt haben und daß eine Ergänzung notwendig befunden werde. Das früher nicht vorhandene enge Zusammenstehen ist durch den Vertrag vom November 1912 vereinbart; es liegt also ein Verteidigungs- und zugleich verkapptes Angriffsbündnis vor.

Nahezu alle Angriffsbündnisse früherer Zeit haben denselben bedingten Charakter, ohne daß ihre wahre Natur einem Zweifel unterliegt. So auch der serbisch-bulgarische Vertrag vom 13. März 1912. Hier wird ausgemacht, daß, wenn die Verhältnisse es erheischen sollten, die vertragsschließende Macht, die den Krieg mit der Türkei für notwendig hielt, sich an die andere mit einem motivierten Vorschlage zu wenden hätte; dieser Teil könnte dann zustimmen, oder er hätte die Ablehnung zu begründen. Auch hier gab es also allerhand Schlupflöcher; man muß jedoch sagen, daß der serbisch-bulgarische Vertrag eine weniger bestimmte Sprache führte als der zwischen Grey und Cambon vereinbarte¹⁾.

Gedeckt durch die hinterhältigen Vorbehalte des Briefes Greys

¹⁾ Zur Begründung des oben Gesagten sei die entscheidende Stelle des serbisch-bulgarischen Vertrages hierhergesetzt: „Au cas où il surviendrait en Turquie des troubles intérieurs de nature à mettre en danger les intérêts nationaux ou d'état des parties contractantes ou de l'une d'elles, comme au cas où les difficultés intérieures ou extérieures avec lesquelles la Turquie se verrait en prise, mettraient en cause le maintien du statu quo dans la péninsule des Balkans, celle des deux parties contractantes qui abou-tirait la première à la conviction qu'une action militaire doit être engagée de ce fait s'adressera, par une proposition motivée, à l'autre partie qui sera tenue d'entrer immédiatement dans un échange de vues, et si elle ne tombe pas d'accord avec son alliée, de lui donner une réponse motivée.“ Mit meiner Auffassung der Natur des englisch-französischen Vertrages erklärt sich der ungarische Historiker Wilhelm Fraukoi in der „Deutschen Revue“ vom September 1916 einverstanden.

stellte die englische Regierung, so oft im Parlament auf das Verhältnis zu Frankreich die Rede kam, dessen wirklichen Inhalt in Abrede. So als Hugh Cecil, der Bruder des späteren Ministers Lord Robert Cecil, am 10. März 1913 in der Adressedebatte bemerkte, er halte es für begründet, daß man die englische Politik, wenn nicht geradezu aggressiv, so doch abenteuerlich nenne. Es werde allgemein geglaubt, so fügte er hinzu, England habe sich unter gewissen Umständen — wenngleich nicht durch einen bestimmten Vertrag — verpflichtet, eine bedeutende bewaffnete Macht zum Eingreifen aufs Festland zu senden. Da unterbrach der Premierminister den Redner mit den Worten: „Ich sehe mich zu der Erklärung genötigt, daß dies eine Unwahrheit ist.“ Und als Asquith am 24. April 1913 von einem Abgeordneten gefragt wurde, ob es wahr sei, daß unter Umständen englische Truppen auf das Festland geschickt werden müßten, erwiderte er: „Wie schon wiederholt hervorgehoben, hat unser Land keine Verpflichtung, die nicht dem Parlamente und der Öffentlichkeit bekannt wäre und die das Land in einen Krieg führen könnte.“ Diese Ablehnung durfte sich nur ein Gentleman erlauben, der sonst im Rufe der Wahrheitsliebe stand und daraufhin etwas wagte. Es ist bekannt, daß ein Diplomat, wenn er von einem anderen über einen Geheimvertrag befragt wird, lügen darf; von diesem Rechte machte Asquith auch dem Parlamente gegenüber Gebrauch. Dasselbe gilt von Grey, der am 1. Juni 1914 im Unterhause sagte, daß die soeben angeführte Erklärung des Premierministers jetzt ebenso gelte wie ein Jahr vorher. Als der Sachverhalt durch die Rede Greys am 3. August 1914 bekannt wurde, hielt der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, ihm vor, Asquith habe das Gegenteil behauptet¹⁾.

¹⁾ Derselben Ansicht war Georg Brandes, der 1916 in einem offenen Briefe über die englische Politik schrieb: „Das englische Auswärtige Amt hatte heimlich, ohne Mitwissen des Parlaments, Großbritannien verpflichtet, Frankreich im Falle eines europäischen Krieges zu helfen.“ Die Übersetzung des Briefes in der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. Juli 1916. Ähnlich Bernard Shaw bald nach Ausbruch des Krieges: „Die Neutralität Belgiens war nur Vorwand; der tatsächliche Grund war: Grey wurde insgeheim verpflichtet, Frankreich zu unterstützen, wann immer die österreichisch-deutsche Allianz mit der franko-russischen zusammenprallen werde.“ Am treffendsten ist, was Shaw 1919 in seinen „Winten zur Friedenskonferenz“ darüber sagt: „Die russische Freundschaft zwang Mr. Asquith zu einer Geheim-

Grey aber wahrte auch später das Gesicht und blieb dabei, England hätte 1914 die volle Freiheit des Entschlusses besessen. Es bereitete ihm deshalb große Verlegenheit, als der nächste Premierminister, Lloyd George, der doch sein Amtsgenosse gewesen war, am 7. August 1918 die Unvorsichtigkeit beging, dem Parlament zu sagen, England habe einen Vertrag mit Frankreich des Inhaltes gehabt, daß, wenn dieses angegriffen werden sollte, das Vereinigte Königreich ihm zu Hilfe kommen werde. Er wurde von Zwischenrufen unterbrochen: „Das haben wir nicht gewußt!“ „Das ist uns neu“; es erhob sich auch sofort ein Mitglied des Kabinetts Asquith, Herbert Samuel, um Lloyd George vorzuhalten, er sei im Irrtum; es müsse betont werden, daß England im August 1914 nur aus Pflichtgefühl, nur zur Verteidigung des öffentlichen Rechtes die Waffen ergriffen habe, nicht in Erfüllung eines Geheimvertrages. Lloyd George sah, daß er unvorsichtig gewesen war, machte die Sache aber nicht besser, als er Samuel erwiderte, das von ihm gebrauchte Wort „Pakt“ sei in diesem Zusammenhang zu stark, er hätte nur sagen sollen: „Es war eine Ehrenverpflichtung“.

politik, in deren Dienst er und Sir Edward Grey nicht davor zurückschreckten, auf wiederholte Anfragen im Unterhause glatt zu leugnen, daß irgendeine bindende Verabredung zwischen England und Frankreich bestehe. Es kam dann auch wirklich soweit, daß die beiden Mächte Noten austauschten, die förmlich feststellten, daß keine bindende Verpflichtung vorhanden sei. Formell entsprach also jene Ableugnung der Wahrheit. Trotzdem war sie irreführend und es war ihr Zweck, irrezuführen.“ Als Grey im Mai 1914 dem russischen Botschafter in London, Bendendorff, Kopien der zwischen ihm und Cambon im November 1912 gewechselten Schreiben übergab, die als Grundlage für ein englisch-russisches Marineabkommen dienen sollten, hob er, wie Bendendorff am 10/23. Mai 1914 an Sazonow berichtete, hervor (Siebert, l. c. S. 814): „daß der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armeee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht.“ Siebert gibt die beiden Briefe S. 816f. in deutscher Übersetzung wieder.

*

Hat England den Krieg gewollt?

In das Geheimnis der englischen Politik waren auch diejenigen Mitglieder der englischen Regierung nicht eingeweiht, deren pazifistische Ansichten bekannt waren; Loreburn, der Lordkanzler des liberalen Kabinetts, hat sich darüber in seinen Erinnerungen beschwert. Wie die Radikalen behaupteten, waren nur „die drei“ (Asquith, Grey und Halldane) von allen Verträgen unterrichtet. Aber diese Vorgänge wird man auch in Zukunft aus amtlichen englischen Quellen nur wenig erfahren, da über die britischen Ministerratsitzungen Protokolle nicht geführt werden, um der Opposition, wenn sie an die Macht gelangt, nicht Einblick in die Politik ihrer Vorgänger zu gewähren. Um so leichter wird der Regierung die Geheimdiplomatie gemacht, und niemand übte deren Künste fleißiger als Sir Edward Grey.

Die Form der mit Frankreich geschlossenen Verträge ist nicht das Wesentliche; der springende Punkt ist, ob die französische und die unzweifelhaft von ihr eingeweihte russische Regierung die Überzeugung haben durften, England werde ihnen für den Fall eines Festlandskrieges Waffenhilfe leisten. Dann konnte ihre Diplomatie, des Rückhaltes an Englands seebeherrschender Flotte sicher, ungestraft auf Deutschland loshämmern. Hier liegt der Schlüssel zu der Balkanpolitik Rußlands und zur Erklärung der an sich verwegenen Herausforderung Österreich-Ungarns durch das kleine Serbien.

Das der englischen Politik dieser Jahre eigene war die Umsicht, mit der sie den Schein zu wahren und die Verantwortlichkeit von sich abzuschieben verstand. Nie sprachen die englischen Minister friedlicher als in dem Monate des Abschlusses mit Frankreich. Die durch den Balkankrieg beunruhigten Gemüter erbauten sich an dem am 10. November wie jährlich in der Guildhall gehaltenen Festmahl, da nicht bloß Asquith, sondern auch Churchill versicherte, England sei mit den Großmächten einig in dem Bestreben, auch den übrigen Nationen den Frieden

zu erhalten. Unmittelbar vorher hielt zwar Lord Roberts (Band III, Seite 80f.) die aufreizende Rede, in der er die Deutschen belobte, weil sie sich an den Grundsatz hielten, den Streich auf ihre Feinde niedersausen zu lassen, wann immer es ihnen zweckmäßig schein, ein Beispiel, das Roberts den Briten zur Nachahmung empfahl. Die Regierung ließ jedoch nicht bloß durch ihre Organe diese Empfehlung eines vorbeugenden Krieges als unheilvoll zurückweisen; Grey selbst sagte in der Antwort auf eine an ihn im Unterhause gestellte Anfrage, es sei bedauerlich, daß es in England wie in Deutschland Personen gebe, die, wenn auch außerstande die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen, sich in Angriffen, wie die des Feldmarschalls, ergehen. Hinter dem Vorhange versöhnlicher Versicherungen schloß die Regierung den Geheimvertrag mit Frankreich, von dem die öffentliche Meinung nichts erfahren durfte.

Wenn es schon den Vorschriften der Moral und den demokratischen Grundsätzen widersprach, das Parlament irrezuführen, so waren die Folgen für den europäischen Frieden ganz besonders verderblich. Während die in das Geheimnis eingeweihten Kabinette von Paris und Petersburg der Versuchung nicht widerstanden, das Bündnis mit England auf die Probe zu stellen, ward die deutsche Regierung in Sicherheit gewiegt, da der Friedenswille Englands eine Bürgschaft schien gegen die Anschläge unruhiger Köpfe in Ost und West. Wenige Tage, nachdem der deutsche Botschafter, Lichnowsky, in London eingetroffen war, verkündete er am 30. November bei einem Festessen, daß „England und Deutschland Seite an Seite an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens arbeiten, und daß die politischen Beziehungen der beiden Mächte niemals vertraulicher und aussichtreicher waren als gegenwärtig.“ Der Ueber-eifer, mit dem sich Lichnowsky der englischen Regierung an den Hals warf, war unpassend, auch wenn seine Annahme im allgemeinen richtig gewesen wäre; es war schlimm, daß er sich überhaupt den Reizen des großzügigen englischen Lebens fessellos hingab und in den Bann der Persönlichkeit Greys geriet. Auffallenderweise ließ sich Riederlen-Wächter durch die Berichte aus London einspinnen und sagte am 2. Dezem-

ber im Reichstage über die Lage auf der Balkanhalbinsel: „Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krise hat nicht nur eine erfreuliche Intimität hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet.“ Vertrauensvolle Beziehungen, Intimität, Verständigung aller Mächte: das ging doch weit über die wohlabgewogenen Höflichkeiten in den Reden der englischen Minister hinaus; nie war einer von ihnen gleich gefühlselig gewesen. Grey mochte dabei zumute sein wie der Spinne, die ihr Netz auseinandergelegt hat und ruhig das Kommende abwartet; ist es denn ihre Schuld, wenn die Fliege unvorsichtig hineinflattert?

Die Gründe, die Asquith und Grey zum Verschweigen und Ab-leugnen wichtiger Staatsakte bestimmten, sind nach dem Kriege von ihrem langjährigen Amtsgenossen Loxburn eingehend untersucht worden. Er war durch sechs Jahre (1906—1912) neben ihnen Lordkanzler gewesen und im Sommer 1912 zurückgetreten, ebenso in Unkenntnis ihrer Geheimdiplomatie gehalten wie die Mehrzahl der anderen Minister und rechnete mit ihnen 1919 in dem Buche „How the war came“ ab. Auch ihm gilt Deutschland als der angreifende, am tiefsten in der Schuld stehende Teil, aber ein vollgerüttelt Maß daran habe auch die englische Politik auf sich geladen. Britannien hätte den von Gladstone 1870 befolgten Grundsatz, sich nicht in die festländischen Kriege einzumengen, weiter befolgen sollen; wenn die Staatsmänner jedoch einen anderen Weg einzuschlagen für notwendig fanden, dann wäre es besser gewesen, ein ehrliches, der Welt zur Kenntnis gebrachtes Bündnis mit Frankreich zu schließen. So aber übernahm England durch halbe Verabredungen geheimer Natur zum mindesten eine Ehrenverpflichtung der Verteidigung Frankreichs, so daß dessen Regierung mit nahezu unbedingter Sicherheit auf englische Waffenhilfe rechnen konnte; es wäre schimpflich gewesen, die Republik dann im Stiche zu lassen. Und da Rußland von dem Sachverhalte unterrichtet war, so gab sich England in die Hand einer ebenso kläglichen wie despotischen Regierung, welche die Briten 1914 mit in den Krieg riß. „Als die gewichtigste Entscheidung un-

ferer ganzen Geschichte zu fassen war, waren wir im Entscheiden nicht frei“... „Wir kamen in einer russischen Streitsache unvorbereitet zu einem Kriege, weil wir an Frankreich ins Dunkle hinein gebunden waren.“ Und an einer anderen Stelle sagt er, die Politik der Regierung habe den Frieden von der Gnade des russischen Hofes abhängig gemacht. So legte schon das englisch-französische Militärabkommen von 1906 den Keim zu dem über Europa hereinbrechenden Unheil.

Loreburn spricht von Grey mit großer Achtung und stellt in Abrede, daß dieser oder Asquith den Krieg herbeiführen wollten. Ihre Schuld habe darin bestanden, daß sie von der Politik der Nichteinmischung abwichen und das Parlament in Unwissenheit hielten. Sie glaubten wirklich, freie Hand gegen Frankreich zu haben, und waren so sanguinisch, anzunehmen, daß sie trotzdem durch ihre diplomatische Geschicklichkeit das Land vor dem Kriege bewahren könnten. Gegen ihren Willen seien sie durch ihre Taten 1906 bis 1914 in den Krieg geglitten und seien von ihm überrascht worden¹⁾.

Dieser Erklärungsversuch steht aber mit den Handlungen Greys in völligem Widerspruch und läßt ihn ebenso harmlos wie unklug erscheinen, als Mann ohne Augenmaß für die großen europäischen Ereignisse. Wäre er es wirklich gewesen, so hätte er nicht Schritt für Schritt, Masche um Masche das gewaltigste jemals auf der Erde geschaffene Bündnisssystem aufrichten oder wenigstens ausbauen können. Loreburn selbst, obwohl ein hervorragender Rechtsgelehrter und, wie sein Buch beweist, voll redlichen Bemühens, die Wahrheit zu ergründen, Licht und Schatten gerecht zu verteilen, hat durch sein amtliches Wirken, zusammengehalten mit seiner Veröffentlichung, den Beweis geliefert, daß ihm zum Staatsmann und politischen Kritiker die Haupteigenschaft fehlte: der Scharfblick. Wie! Sechs Jahre war er Lordkanzler und merkte nichts von dem gefährlichen Treiben um ihn? Hat nicht alles, um sein Vaterland von dem Abgrunde des von ihm verabscheuten Weltkrieges zurückzuhalten? Wenigstens ist in dem Buche keine Andeutung darüber gemacht. Er war nach Stead der einflußreichste Mann der Friedensbewe-

¹⁾ Loreburn, „How the war came“, S. 2, 11, 15, 107, 111.

gung, als Lordkanzler hatte er die höchste Stellung und gab sich auch die größte Mühe, Reformen in dem zwischenstaatlichen Seekriegsrechte anzubahnen; wenn er aber nicht sah, was um ihn geschah, dann freilich war der Pazifismus von ihm mangelhaft behütet. Alles in allem: offenbar war ihm Grey als Politiker weit überlegen, täuschte auch ihn und ging, da er den Krieg für unabwendbar hielt, hinter dem Rücken seiner Amtsgenossen Loreburn und Morley, Burns und Trevelyan, die von ihm eingeschlagenen dunklen Wege.

Loreburn ist der Ansicht, daß, wenn die englische Regierung Deutschland offen gesagt hätte, sie sei zur Verteidigung Frankreichs verpflichtet, Kaiser Wilhelm und seine Minister gewarnt gewesen und 1914 der furchtbare Zusammenstoß vermieden worden wäre. Er beruft sich auf einen von Wilson im März 1919 gemachten Ausspruch: „Wir wissen bestimmt, daß, wenn Deutschland einen Augenblick lang gedacht hätte, Großbritannien werde mit Frankreich und Rußland gehen, es niemals dieses Unternehmen gewagt hätte.“¹⁾ Dieser Ansicht ist auch Shaw, aber er weicht von Loreburns Erklärung der Triebfedern Greys vollkommen ab, denn er nimmt an, der englische Staatssekretär habe die Verabredung mit Frankreich geheimgehalten, um Deutschland in Sicherheit zu wiegen und es zu verlocken, über seinen westlichen Nachbar herzufallen. Grey habe diese Tücke von Anfang an im Kopfe gehabt und seinen Plan bis zum August 1914 in meisterhaftem Spiele durchgeführt. „Sir Edward Grey wollte den Schafspelz bis zum letzten Augenblick nicht opfern“, schrieb Shaw 1919²⁾... „Er tat nichts und sagte alles bis auf das eine, das vielleicht Deutschland von den Grenzen Frankreichs ferngehalten hätte. Wenn er dies ausgesprochen hätte, so wäre der britische Löwe nicht zum Sprunge gekommen. Aber der britische Löwe hatte keine Lust, sich am Springen hindern zu lassen... Wenn der Krieg kommen mußte, war es wesentlich, daß er kam, ehe die deutsche Flotte der englischen das Gleichgewicht hielt... Aber wenn England den Lorbeer in Anspruch nimmt, muß es auf den Ölweig verzichten.“

¹⁾ Ebenda S. 17.

²⁾ Shaw, „Winte zur Friedenskonferenz“, S. 24—26.

Wenn es alles tat, um den Krieg aufzuhalten, bis auf das eine, das ihn offenbar allein hätte aufhalten können, so wird die Geschichte daraus sicher den Schluß ziehen, daß es ihn einfach nicht aufgehalten hat, weil es ihn im Grunde gar nicht aufhalten wollte.“

Diese Gedankenreihe des englischen Satirikers überflügelt die Beweggründe Greys und beurteilt ihn nach der moralischen Seite hin nicht gerecht. Wenn der Staatssekretär auch den Krieg für unvermeidlich hielt, so war er sich doch der schweren Verantwortung bewußt, den Weltteil mit Blut und Tränen zu füllen. Wohl hielt er es mit gutem Grund für seine Pflicht, England durch Bündnisse gegen alle Gefahren zu wappnen und kein Mittel der Abwehr zu vernachlässigen; er überließ aber dem Schicksal die Entscheidung, ob sein Verfahren sich auf dem Schlachtfelde werde zu erproben haben. Er war nach den in der letzten Marokkokrise gemachten unangenehmen Eindrücken noch bedächtiger geworden und gelangte zu dem Vorsatze, Englands Kraft erst dann voll einzusetzen, wenn Frankreich und Rußland vor dem Loßschlagen stünden. Er mochte sich nicht weiter vorwagen, um nicht abermals wie 1909 von Iswolskij im Stiche gelassen zu werden oder wie 1911 auf den festen Friedenswillen der französischen Regierung zu stoßen. Das Neue an Greys Vorgehen während der zwei Jahre vor dem Weltkriege war die verbindliche Gebärde, mit der er sich dem Friedensstiften widmete. Die Rolle lag ihm bei seiner menschlichen und christlichen Gesinnung besser als die frühere, und er hat sie unter größerem Beifall der Mitwelt gespielt.

Es ist falsch, die amtliche englische oder die amtliche deutsche Politik von dem Dämon des Kriegswillens erfüllt hinzustellen; ebenso ist es eine Übertreibung, wenn man die britischen Staatslenker wegen der Voraussicht bewundert, mit der sie den Krieg aufsteigen sahen, und die deutschen Machthaber als verblendet schmäht, weil sie glaubten, um ihn herumzukommen. Die Engländer waren ohne Zweifel politisch die Überlegenen, aber es ist nicht zu vergessen, daß, wer einen Krieg lieber früher als später führen möchte, auf den längeren Hebelarm drücken kann. Nicht etwa, daß die britischen Imperialisten ihrer Natur nach krie-

gerischer angelegt waren als die Alldeutschen, womit es sich eher umgekehrt verhielt; aber die ersteren wußten genau, es werde England jetzt geringere Anstrengungen kosten, der deutschen Flotte den Garauß zu machen als später, weshalb sie mit einem Zusammenstoße rechneten. Bülow dagegen und Bethmann Hollweg, Riberlen-Wächter und Tirpitz sahen in der Erhaltung des Friedens einen Vorteil, um Deutschland wirtschaftlich und militärisch weiter wachsen zu lassen. Was jeder von ihnen wünschte, das hoffte er auch, wobei der größere oder der geringere Scharfsinn nicht den Ausschlag gab. Weder hüten noch drüben stand eine überragende Persönlichkeit an leitender Stelle; solcher Ausnahmismenschen gibt es durch Jahrhunderte wenige; im allgemeinen folgt das menschliche Geschlecht den Anstößen, die von den nationalen, wirtschaftlichen und religiösen, die Massen bewegenden Triebkräften ausgehen. Die Männer, die 1914 an der Zeitgeschichte mitgewoben haben, waren unfrei in ihren Entschlüssen, so daß man über sie mit dem heiligen Augustinus sagen kann: Die Menschen bewegen nicht, sondern werden bewegt.